

SOZIALREPORT 50+



'90 '92 '94 '96 '98 '00 '02 '05

2007

Daten und Fakten zur
sozialen Lage von
Bürgern ab 50 Jahre
in den neuen
Bundesländern





VOLKSSOLIDARITÄT Bundesverband e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Alte Schönhauser Straße 16

10119 Berlin

Telefon: 030-27 89 7-0

Fax: 030-27 59 39 59

E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de

www.volkssolidaritaet.de



Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Köpenicker Straße 125

10179 Berlin

Telefon: 030/28 30 55 60

Fax: 030/28 30 55 61

E-Mail: sekretariat@sfz-ev.de

Home: www.sfz-ev.de

Sozialreport 50+ 2007

**Daten und Fakten zur sozialen Lage
von Bürgern ab 50 Jahre
in den neuen Bundesländern**

**Erarbeitet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.**

**im Auftrag der
Volkssolidarität Bundesverband e.V.**

Berlin - Oktober 2007

Gliederung:

0	Vorbemerkungen	3
1	Zufriedenheit	5
2	Hoffnungen - Erwartungen	8
3	Wirtschaftliche Lage	15
4	Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit	19
5	Einkommen	27
6	Demokratie - Institutionenvertrauen	31
7	Identifikation - Integration	33
8	Werte - Klima	36
9	Wohnen	40
10	Familie	45
11	Sozialreformen - Soziale Sicherheit	50
12	Bürgerschaftliches Engagement	53

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Gesamtverantwortung und
empirische Erhebung:

Dr. Reinhard Liebscher (Geschäftsführer)

redaktionelle Bearbeitung,
Layout, tabellarische und
grafische Gestaltung:

Heidmarie Wille

Druck: City-Print Gera

0 Vorbemerkungen

1990 veröffentlichte der Bundesvorstand der Volkssolidarität erstmalig einen in seinem Auftrag herausgegebenen "Altenreport"¹. Seitdem sind im zweijährlichen Rhythmus - mit finanzieller Förderung durch den Bundesvorstand der Volkssolidarität - Seniorenreporte (bzw. Sozialreporte 50+) erschienen, welche die Lebensverhältnisse der Bürger ab 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern analysieren. Zusätzlich wurden "Sozialreporte zur sozialen Situation der Bürger in den neuen Bundesländern" ab 18. Lebensjahr herausgegeben.²

Mit dem vorliegenden Material hat das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) die Ergebnisse der nach 1990 zum 18. Mal durchgeführten Erhebung zu den Auffassungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer zu ihrer sozialen Lage und Entwicklung, speziell bezogen auf die Altersgruppe der ab 50-Jährigen, aufbereitet.

Im Interesse einer detaillierten Analyse werden zum vorliegenden Report noch zwei zusätzliche Studien: "Alterseinkommen - Altersarmut in den neuen Bundesländern" sowie "Pflugesituation und -bedarf - Probleme der neuen Bundesländer" veröffentlicht. Beide Themenkreise wurden demzufolge in der nachfolgenden Darstellungen weitgehend ausgespart.

Die Ergebnisse der Befragung im Jahre 2007 vom 2.040 Bürgern der neuen Bundesländer - darunter rd. 1.020 Bürger über dem 50. Lebensjahr, machen - im Vergleich zu vorangegangenen Jahren - einerseits sichtbar, dass der von Politik und Medien übermittelte "Aufschwungoptimismus" vielen Bürgern neue Zuversicht auf eine baldige Verbesserung auch ihrer Lebensverhältnisse vermittelt. Andererseits wird deutlich, dass die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen vom Aufschwung noch nicht entsprechend profitieren konnte (was sicher auch für die Bürger der alten Bundesländer gilt). Zugleich nehmen unverkennbar Tendenzen einer Polarisierung der Lebensverhältnisse und deren differenzierte Bewertung durch ältere Bürger zu.

Achtzehn Jahre nach dem Eindrücken der Mauer von Ost nach West ist für fast ausnahmslos alle Bürger ein Gewinn an Demokratie, Freiheit und Lebensqualität bestimmend. Aber auch ein positives Gesamturteil schließt sowohl eine nicht unbedeutende Zahl von Bürgern ein, die in einzelnen Lebensbereichen - z.B. auf dem Arbeitsmarkt - Verschlechterungen erfahren haben, wie insgesamt für viele ursprüngliche Erwartungen bis heute nicht

1 Vgl. "Altenreport 1990", Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12/1990, Autorenkollektiv unter Leitung von K.-P. Schwitzer.

2 Vgl. "Sozialreporte" Jahren 1990, 1992, 1994, 1995, 1997, 1999, 2001, 2002, 2004, 2006 sowie "Alten-/Seniorenreporte bzw. Sozialreporte 50+" in den Jahren 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002 und 2005 (jeweils Autorenkollektive des SFZ) sowie "Die Region der 'neuen' Alten" (Autor: Gunnar Winkler) 2006.

eingetroffen sind. Eine kritische Sicht auf die erreichten Veränderungen seit 1990 ist deshalb nicht nur normal, sondern im Interesse des weiteren sozialen Fortschritts auch wünschenswert.

Die angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf jedoch vorhandene Vielfalt nicht beseitigen. Die Bürger der neuen Bundesländer erweisen sich nach wie vor als eine Gruppe mit spezifischen Denk- und Verhaltensstrukturen, Werten, Wertorientierungen und Erwartungen sowie Vergangenheits- und Gegenwartsbewertungen. Die Einheit schließt bis in die Gegenwart nicht nur zunehmende Gemeinsamkeiten, sondern zugleich auch Unterschiedliches, schließt Anderssein und Andersdenken ein. Alle Bemühungen, eine Angleichung um jeden Preis zu beschwören, ignorieren die unterschiedlichen Lebensbiographien und Sozialisierungen ebenso wie die Realitäten sowohl unterschiedlich als auch keineswegs immer gerechtfertigt differenzierter Lebensverhältnisse.

Der Bundesverband dankt dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum, das sich seit seiner Gründung der Aufgabe verschrieben hat, die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern regelmäßig zu analysieren und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um damit zugleich den Prozess der sozialen Vereinigung mit seinen erreichten Ergebnissen und Problemen zu begleiten. Das erfolgt auch aus dem Bemühen, die Analyse und Wertung des sich vollziehenden Wandels nicht ausschließlich von außen vorzunehmen, sondern auch Erfahrungen und Erkenntnisse derjenigen einzubringen, die diesen Wandel als Objekt und Akteure erlebten/erleben: die Bürger der neuen Bundesländer.

Der Bundesverband der Volkssolidarität wird auch weiterhin mit der Förderung der Untersuchungen einen notwendigen Beitrag für eine reale Darstellung der Lebensverhältnisse und subjektiven Befindlichkeiten der (nicht nur älteren) Ostdeutschen und damit für die (immer noch) notwendige Verständigung zwischen West und Ost leisten.

Oktober 2007

Prof.Dr.sc. Gunnar Winkler
Präsident

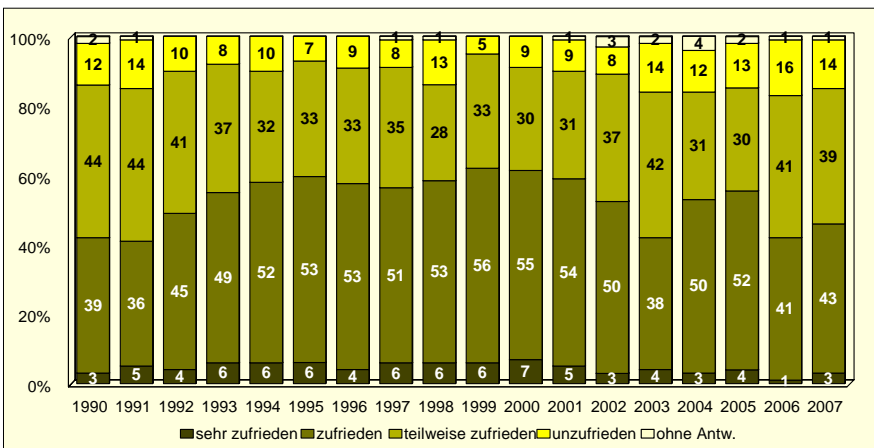
1 Zufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit reflektiert in zusammenfassender Weise die Gesamtheit individueller Lebensbedingungen und Lebensumstände sowie die ihnen zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. In bestimmter Hinsicht reflektiert sie subjektiv empfundene Lebensqualität der jeweils analysierten Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppe. Sie ist von den in der Vergangenheit erfolgten Veränderungen des Einzelnen und der Gesellschaft ebenso beeinflusst wie von noch nicht erreichten Zielen und den vorhandenen Zukunftserwartungen.

Das erreichte Maß an allgemeiner Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern und seine Veränderung sind insofern nicht ausschließlich als Ausdruck der "politischen Veränderungen" seit 1990 zu werten, ohne den Stellenwert der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wohlbefinden des Einzelnen zu leugnen. Sie sind immer auch Reflexion der Bewältigung des Alltags des Einzelnen und seiner Familie im weitesten Sinne.

Nach wie vor ist gültig, dass die Besonderheit der Bewertung von Lebensverhältnissen durch Frauen und Männer ab 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern darin besteht³, dass z.B. die allgemeinen Lebenszufriedenheiten in Ostdeutschland inzwischen auf Erfahrungen auf rd. 17 Jahren Bun-

Abbildung 1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit (ab 50. Lebensjahr) - 1990 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2007 (gew.)

3 Winkler, G.: Leben in Ostdeutschland - Integration und Identifikation, in: Sozialreport 1999: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1999, S. 76.

desrepublik ebenso beruhen wie auf rd. 40 Jahren DDR- bzw. gelebten Nachkriegsjahren und zum Teil auch noch auf Jahren während des Zweiten Weltkrieges. Beeinflussend auf die Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit von Frauen und Männern in den neuen Bundesländern ist deshalb nach wie vor das eigene Erleben gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme⁴ vor und nach 1990.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist in den neuen Bundesländern - nach einem raschen Anstieg zu Beginn der 90er Jahre - auf einem relativ hohen Niveau bis Anfang des neuen Jahrtausends, um im Zusammenhang mit der Sozialreformdebatte und -realität bis 2006 zu sinken. 2007 sind leichte Tendenzen zunehmender Zufriedenheit in allen Altersgruppen feststellbar (vgl. Abbildung 1.1).

Im Jahre 2007 waren in den neuen Bundesländern (alle Altersgruppen) 6 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 37 % zufrieden, 40 % teilweise zufrieden, 13 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Für die Altersgruppe der ab 50-Jährigen sind charakteristisch:

- die deutlich geringere Lebenszufriedenheit großer Teile der 50- bis 60-Jährigen (nur 34 % zufrieden/sehr zufrieden),
- die hohe Zufriedenheit im höheren Lebensalter (63 % zufrieden über 70. Lebensjahr)
- die in den 90er Jahren sich deutlich abhebende positivere Grundaussage verringert sich zunehmend. Offensichtlich reflektieren sich darin die weitgehende Stagnation in den realen Lebensverhältnissen bzw. zum Teil sogar Tendenzen eines sinkenden Lebensstandards, auch beeinflusst

Tabelle 1.1: "Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent -

Zufriedenheit mit dem Leben	gesamt ab 50 Jahre	Geschlecht		Alter			Erwerbsstatus		insg. alle ab 18 Jahre
		männlich	weiblich	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.-los	
sehr zufrieden	3	4	3	3	4	3	3	0	6
zufrieden	43	43	43	31	43	60	39	12	37
teilweise zufrieden	39	36	42	42	40	33	45	43	40
unzufrieden	11	13	9	16	11	3	12	19	13
sehr unzufrieden	3	4	2	7	1	0	1	25	4
ohne Antwort	1	0	2	2	0	1	1	1	1

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

4 Winkler, G.: Leben in Ostdeutschland ..., a.a.O., S. 76/77.

sowohl durch die Bewertungen seitens der noch im Erwerbsleben Stehenden (42 %) und der Arbeitslosen (12 %);

- die Polarisierungen in der Bewertung nehmen zu - so sind 44 % der über 50-jährigen Arbeitslosen unzufrieden (2007), bis 2000 waren im Durchschnitt nur rd. 20 % der Arbeitslosen unzufrieden.

Trotzdem gilt nach wie vor: "Die" unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht, aber sie sind nicht mehr so zufrieden wie vor Jahren, bei wieder erkennbarer ansteigender Tendenz. Erreichten "Wohlstandsgewinnen" - die sich bis 1999 eindeutig in höheren Zufriedenheiten reflektierten - stehen in den letzten Jahren "Wohlstandsverluste" gegenüber (Arbeitsmarkt, Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.), die bei einzelnen sozialen Gruppen zu sinkendem Allgemeinbefinden führten.

Die Zufriedenheiten in den einzelnen Lebensbereichen ab 50. Lebensjahr sind unterschiedlich ausgeprägt. Neben Bereichen mit hohen positiven Wertungen (Wohnen = 79 %, Partnerschaft = 72 %, Freizeit = 63 %), die über dem Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen, ist diese in den Bereichen: soziale Gerechtigkeit = 5 %, wirtschaftliche Situation = 8 %, persönlicher politischer Einfluss = 8 %, Demokratie = 12 % und Lebensbedingungen für Familien = 15 % gering ausgeprägt. Unzufriedenheiten werden vor allem hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit (73 %), des Einkommens-Preis-Verhältnisses (62 %) sowie der wirtschaftlichen Situation im Lande (49 %) zum Ausdruck gebracht.

Die 50- bis 60-Jährigen und die Älteren unterscheiden sich in ihren Bewertungen kaum. Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Zufriedenheit (sehr zufrieden oder zufrieden) sind lediglich bei

- den eigenen Zukunftsaussichten - 20 % (50-59 Jahre) zu 36 % (60plus),
- der sozialen Sicherheit - 17 % zu 25 %,
- der Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung - 17 % zu 32 % sowie
- mit den Lebensbedingungen für Familien 10 % zu 17 %

erkennbar.

Nach einzelnen Lebensbereichen sind Zufriedenheiten und Veränderungen - wie bereits in vorangegangenen Reports festgestellt - in drei übergreifende Bereiche zusammenfassbar:

- a) Bereiche, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet, wie z.B. Partnerbeziehungen oder das Wohnen. Diese Bereiche der "Privatsphäre" zeichnen sich durch ein hohes Zufriedenheitsmaß seit 1990 aus.
- b) Bereiche von Lebensverhältnissen, in denen mit der Wende große Veränderungen erwartet wurden, die zum Teil eintraten (Umwelt, Waren- und Dienstleistungsangebot), zum Teil jedoch nach anfänglich positiver Entwicklung inzwischen auch rückläufige Zufriedenheiten bewirken (Ge-

sundheitswesen) bzw. mit unterschiedlichen Wirkungen auf einzelne soziale Gruppen.

- c) Bereiche, in denen deutliche Zufriedenheitsverluste auftreten (soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Lage im Land), die in- zwischen für den Einzelnen direkt erlebbar und für große Teile der Bevölkerung auch spürbar sind.

Bis in die Gegenwart werden Zufriedenheits- und Lebenslagebewertungen nicht nur von den sich differenzierenden Lebensverhältnissen beeinflusst, sondern darüber hinaus vor allem dadurch, dass sie nicht nur als unterschiedlich, sondern als ungerechtfertigt ungleich empfunden werden.

2 Hoffnungen - Erwartungen

Von und mit Hoffnungen zu leben gehört zu den menschlichsten Eigenschaften. Glücklich zu sein, bei Krankheiten zu gesunden und mit weniger Schmerzen leben zu können, in schlechten Zeiten auf bessere zu hoffen, bei familiären Zwistigkeiten Lösungen zu erwarten, all das hat jeder - ältere Bürger im Besonderen - fast täglich erlebt und erlebt es noch.

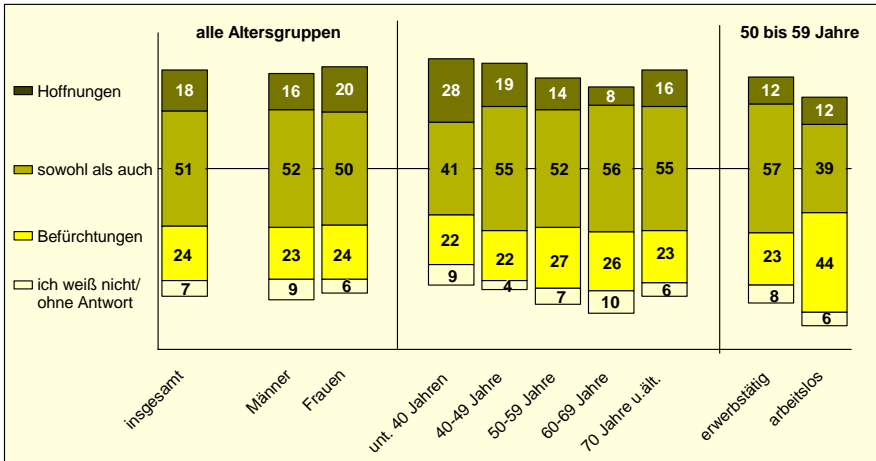
Die Möglichkeiten, mittels eigener Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten eine bessere Lebensqualität erreichen bzw. den erreichten Standard halten zu können, werden in nicht unbedeutendem Maße von den Rahmenbedingungen, welche die Gesellschaft, in der der Einzelne lebt, bestimmt. Eine Vielzahl individuell und gesellschaftlich vorhersehbarer oder vorgegebener Probleme - "großer" wie "kleiner" - beeinflussen Hoffnungen und Befürchtungen des Einzelnen auf die Zukunft. Gerade für die Menschen in den neuen Bundesländern gilt, dass in keiner Zeit die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung so groß und die Befürchtungen so gering waren wie 1989/90. Dabei ging es keineswegs nur um den Zugang zur Marktwirtschaft, sondern um Erwartungen an Veränderungen der Lebensverhältnisse, die über materiellen Wohlstand hinaus⁵ auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten würden.

Im Mai/Juni 2007 äußerten in Bezug auf die weitere Entwicklung von den ab 50-Jährigen 13 % vor allem Hoffnungen, 26 % vor allem Befürchtungen, 53 % antworteten mit sowohl als auch. 3 % antworteten mit "ich weiß nicht" und 5 % gaben dazu keine Antwort.

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von steigenden Hoffnungen (1991 bis 1994, 1997 bis 2000 sowie 2005) und zunehmenden Befürchtungen (1990/91, 1994 bis 1997, 2000 bis 2003 sowie 2006) und tendieren 2007 erneut zu zunehmenden Hoffnungen.

5 Winkler, G.: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2001: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), Berlin 2001, S. 60 ff.

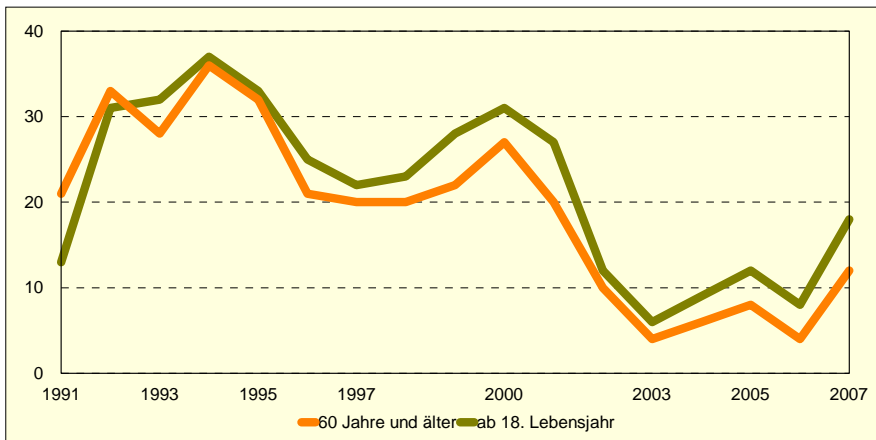
Abbildung 2.1: Hoffnungen und Befürchtungen an die weitere Entwicklung - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Abbildung 2.2 verdeutlicht die zunehmenden Hoffnungen, die im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998, aber auch seit 2004 seitens der Bürger aufkamen. Es ist aber auch unbestritten, dass der "Reformkurs" mit den erfolgten gravierenden Einschnitten in die Lebensverhältnisse der Bürger bislang (noch)

Abbildung 2.2: In Bezug auf die weitere Entwicklung haben **vor allem Hoffnungen** - 1991 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



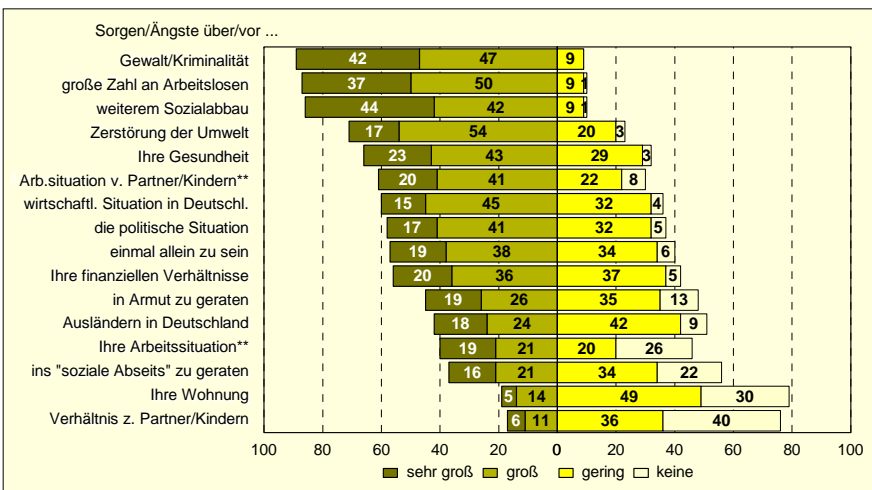
Datenbasis: sfz/leben 1991-2007 (gew.)

nicht dazu beitrug, neue Hoffnungen in größerem Ausmaß stabil zu wecken. Es ist offensichtlich, dass die Gesamtheit der zum Teil gravierenden Einschnitte in den Lebensverhältnissen in den Jahren seit 2001, die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei zwar (rechnerisch) sinkender, aber immer noch hoher Arbeitslosigkeit ebenso wie die vor allem eine breite Öffentlichkeit bewegenden Wirkungen der Sozialreformen vor allem ältere Menschen stärker beeinflussen.

Über die allgemeinen Hoffnungen und Erwartungen an die weitere Entwicklung hinaus wurden im Jahr 2007 erneut spezielle Sorgen, Ängste und Befürchtungen der Bürger erfragt (vgl. Abbildung 2.3). Nach wie vor stehen neben Gewalt und Kriminalität die Arbeitsmarktsituation und die Wirkungen des Sozialabbaus im Zentrum der sozialen Ängste.

Der sich seit 2002 forciert vollziehende Sozialabbau wird von fast 90 % der Befragten individuell als besorgniserregend bzw. Ängste und Befürchtungen auslösend empfunden. Das gilt für Männer wie Frauen weitgehend übereinstimmend. Die Diskussionen um den Arbeitsmarkt zeigen hier ebenso deutliche Wirkungen wie sinkende Renteneinkommen und "Reformen" im Gesundheitswesen oder in der Pflegeversicherung.

Abbildung 2.3: "Die meisten Menschen machen sich Sorgen, haben Ängste und Befürchtungen. Sind gegenwärtig Ihre ernsthaften Sorgen und Ängste, Befürchtungen in Bezug auf ...?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

** 50 bis 65 Jahre

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

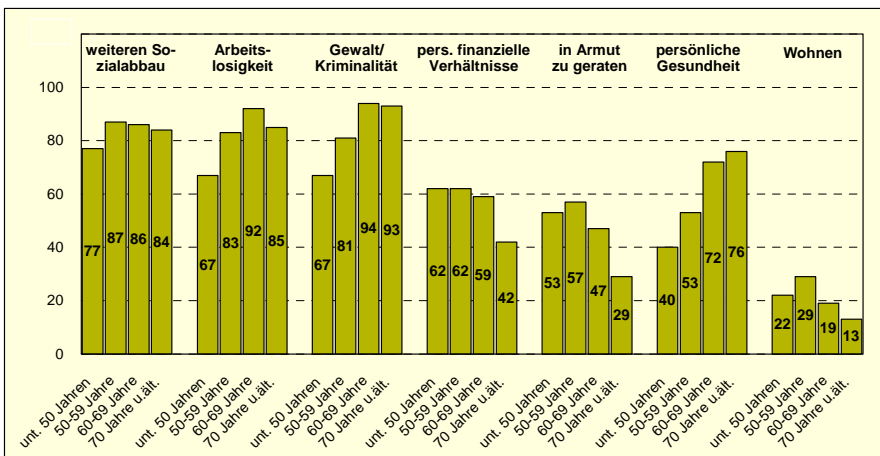
Bei den Aussagen der Bürger - über die Jahre verglichen - wird sichtbar, dass die in den 90er Jahren anzutreffenden hohen Ängste vor Arbeitslosigkeit und ihren Wirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft inzwischen von den Befürchtungen vor dem steten Sozialabbau in allen Facetten und Lebensbereichen übertroffen werden.

Im Vergleich über die Jahre ist zugleich hervorzuheben, dass 2007 die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland den Bürgern weniger Sorgen und Ängste bereiten als in den Vorjahren. Diese positive Situationsbewertung reflektiert sich jedoch nicht in gleichem Maße in solchen Bereichen wie Sozialabbau oder Arbeitsmarktsituation. Charakteristisch für differenzierende Bewertungen ist, dass soziale Entwicklungen, welche in den vergangenen Jahren zu hohen Verunsicherungen geführt haben, nach wie vor als beängstigender empfunden werden als damit verbundene individuelle Wirkungen (z.B. persönliche finanzielle Verhältnisse, Armut). Bereiche wie das Wohnen mit einem hohen individuellen Einfluss und Entscheidungsspielraum werden im Vergleich dazu als weniger bedrohlich bewertet.

Es ist jedoch auch feststellbar, dass die mit dem Sozialabbau verbundenen Ängste weniger die jüngeren Jahrgänge berühren, sondern vor allem die ab 50-Jährigen (vgl. Abbildung 2.4).

Der im Vergleich zu vorangegangenen Jahren "rückläufige" Stellenwert von Arbeitslosigkeit ist offensichtlich weniger den lt. offizieller Statistik sinkenden Daten geschuldet, sondern vor allem von der Breite und Tiefe des Sozial-

Abbildung 2.4: Sorgen, Ängste in Bezug auf ... nach Altersgruppen - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "sehr große"/"große")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

abbaus. Dieser erreicht über Steuern (Mehrwertsteuer, Rentenbesteuerung), soziale Bereiche (Gesundheit, Pflege, Arbeitsmarkt) und Lebensstandardentwicklungen (z.B. Preise für Kraftstoffe) fast ausnahmslos alle Bevölkerungsteile und -schichten und "überbietet" damit Arbeitslosigkeit.

Kennzeichnend für die Qualität einer Gesellschaft sind neben der realen Situation vor allem die Zukunftsaussichten, d.h. die Vorstellungen des Einzelnen über seine Entwicklung und die absehbaren Realisierungschancen. Insofern reflektieren sich vorhandene soziale Differenzierungen auch in der Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten für den Einzelnen. Im Jahre 2007 waren 30 % der ab 50-jährigen Befragten mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden, 36 % teilweise zufrieden und 31 % unzufrieden, d.h. es gibt - grob betrachtet - eine Drittelung der Bewertung. Nur jeder dritte Ostdeutsche ist mit seinen Zukunftsaussichten zufrieden, jeweils drei von zehn Ostdeutschen sind unzufrieden.

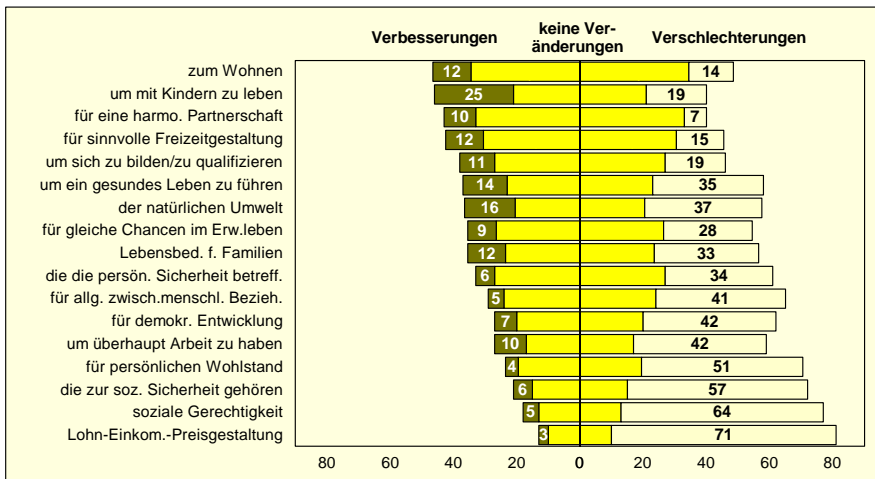
Wenn mit höherem Lebensalter der Anteil derer, die mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden sind, steigt, so ist das Widerspiegelung des erreichten sozialen Status (frei von Arbeitsmarktproblemen) und in den hohen Altersgruppen mit einem doch unverkennbaren höheren "Alterseinkommen" als bei "Neurentnern" aus den nachrückenden Generationen.

Insgesamt sind die Erwartungen an die weitere Entwicklung zwischen den einzelnen Lebensbereichen naturgemäß sehr differenziert. Auch die Daten des Jahres 2007 belegen, dass die Hoffnungen auf Verbesserungen insgesamt gering ausgeprägt sind. Das gilt für Bürger über dem 50. bzw. 60. Lebensjahr gleichermaßen. In den Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten Wohnen, Freizeit, Partnerschaft erwartet die Mehrheit keine Veränderungen von "außen". Mehrheitlich sind vor allem Bereiche mit der Annahme auf weitere Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft (ab 50. Lebensjahr) insbesondere die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung (71 %), soziale Gerechtigkeit (64 %), soziale Sicherheit (57 %) sowie persönlichen Wohlstand (51 %).

Die Abbildung 2.5 verdeutlicht die getroffenen Aussagen für die ab 50-Jährigen. Diese weichen von der allgemein gegebenen Bewertung nicht hervorhebenswert ab ebenso wenig wie von denen der Bürger im Vorrentenalter, deren Erwartungen in den Bereichen Arbeit, Leben mit Kindern und Partnerschaft den anderen familiären und individuellen Bedingungen Rechnung tragen. So erwarten von den 50- bis 60-Jährigen Verschlechterungen im Bereich Arbeit (52 %), beim persönlichen Wohlstand (58 %), in Bezug auf soziale Sicherheit (68 %), soziale Gerechtigkeit (69 %) sowie zur Einkommensentwicklung (80 %).

Im Vergleich der Entwicklungen seit 1990 lassen sich auch hier analoge Entwicklungstendenzen erkennen wie bei der Zufriedenheitsbewertung. Es gibt Bereiche mit geringfügigen Veränderungen über den Gesamtzeitraum -

Abbildung 2.5: "Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen ...?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

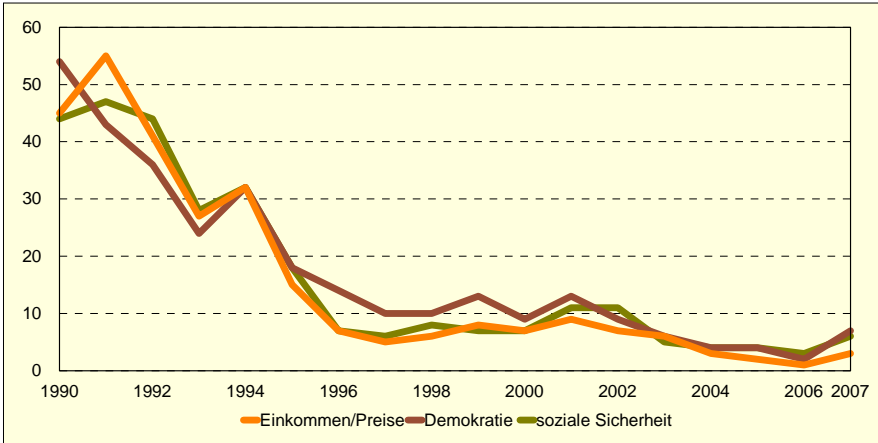
Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

das betrifft insbesondere die Erwartungen an die Partnerschaft, aber auch den Freizeitbereich. Wenn zunächst relativ kurz nach der Wende 1990/91 noch mehrheitlich Veränderungen angenommen wurden, prägte über den Gesamtzeitraum die Aussage "keine Veränderungen" die Annahmen der älteren Bürger. Zugleich treten inzwischen jene Bereiche hervor, in denen grundlegende positive Veränderungen nach 1990 eintraten, welche den mit der Vereinigung angestrebten Erwartungen entsprachen, in denen aber nach relativ wenigen Jahren keine weiteren grundlegenden Verbesserungen bzw. Verschlechterungen mehr angenommen werden - das betrifft insbesondere den Bereich des Wohnens und der Umwelt und bis zum Jahr 2001/2002 auch den Gesundheitsbereich.

Nicht zuletzt sind jene Bereiche erkennbar, in denen im Wesentlichen seit Mitte der 90er Jahre tendenziell die Annahmen auf Verschlechterungen zugenommen haben bzw. in Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Lage (Wahlen) neue Erwartungen geweckt bzw. gedämpft wurden. Das betrifft in besonderem Maße die Einkommens-(Renten-)Preis-Entwicklung, die soziale Sicherheit, die demokratische Entwicklung in der Gesellschaft sowie den Bereich Arbeit (bezogen auf die noch nicht im Rentenalter Stehenden), aber auch zunehmend den Gesundheitsbereich.

Es ist festzustellen, dass die Phase der Euphorie Anfang der 90er Jahre, die von einer durchgängigen und stetigen Verbesserung der Lebensverhältnisse ausging, vorbei ist. Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offen-

Abbildung 2.6: Entwicklung der erwarteten Verbesserungen in Bezug auf die Einkommens-/Preisentwicklung, die demokratische Entwicklung und soziale Sicherheit (ab 50. Lebensjahr) - 1990 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

sichtlich die Bürger aller Altersgruppen der neuen Bundesländer die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, unabhängig davon, welche Partei und welche Politiker das Sagen haben, dass auch in der Marktwirtschaft das "Soziale" nichts ein für alle Mal Gegebenes ist, sondern stets neu eingefordert werden muss.

Tabelle 2.1: "Können Sie sagen, wie sich Ihre Zukunftsaussichten in den nächsten 5 Jahren entwickeln werden?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -

wirtschaftliche Lage in 5 Jahren im Vergleich zu heute	gesamt ab 50 Jahre	Geschlecht		Alter			Erwerbsstatus		insg. alle ab 18 Jahre
		männlich	weiblich	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.-los	
verbessern so sein wie heute	2	4	1	3	1	3	4	3	11
verschlechtern	37	41	34	32	34	49	34	23	35
ich weiß nicht/ohne Antwort	49	47	51	54	57	32	52	62	40
	11	9	14	11	9	16	10	12	14

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Die 2007 erhobene Frage, ob sich die Zukunftschancen des Einzelnen seiner Meinung nach in den nächsten fünf Jahren verbessern oder verschlechtern würden, wird von den ab 50-Jährigen überdurchschnittlich negativ bewertet. Gehen in der Gesamtbevölkerung (ab 18. Lebensjahr) 11 % von verbesserten Zukunftschancen und 35 % von Verschlechterungen aus, sind es bei über 50-Jährigen nur 2 %, die Verbesserungen erwarten, dagegen nehmen Verschlechterungen 54 % der 50- bis 59-Jährigen und 57 % der 60- bis 69-Jährigen an (vgl. Tabelle 2.1).

3 Wirtschaftliche Lage

Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen bzw. seiner Familie ist keineswegs nur einkommensabhängig, sondern fasst Einkommensentwicklungen der Familienmitglieder, die (soweit vorhanden) Vermögensentwicklungen ebenso zusammen wie die Möglichkeiten, mit seinem Einkommen entsprechende Waren und Leistungen erhalten, vorhandene Bedürfnisse befriedigen zu können.

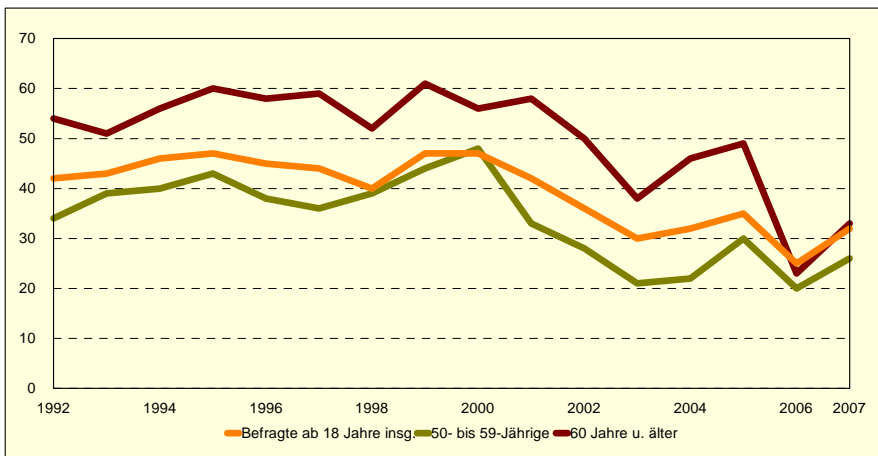
Insgesamt bewerten ältere Bürger in den neuen Bundesländern ihre wirtschaftliche Lage mehrheitlich mit sehr gut bzw. gut und nur ein relativ geringer Teil gibt schlecht/sehr schlecht an. Das ist ohne Zweifel die Reflexion verbesserter wirtschaftlicher Bedingungen. Sowohl das Einkommen als auch die Möglichkeiten, sich mit diesem Einkommen vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen, sind für viele neue Bundesbürger im Rentenalter seit 1990 deutlich verbessert worden (das schließt Unzufriedenheiten mit der noch nicht erfolgten Rentenangleichung sowie bundesweit sinkenden Reallöhnen⁶ - 2005 = 1,6 %; 2006 = 1,9 % - überhaupt nicht aus). Es ist unbestritten, dass die mit der Vereinigung sich bietenden Möglichkeiten eines Waren- und Dienstleistungsangebotes, das in seiner quantitativen und qualitativen Struktur nahezu jeglichen dem Einkommen entsprechenden Bedarf zu befriedigen in der Lage ist, zu den gravierendsten, spürbaren und auch anerkannten Verbesserungen seit der Vereinigung gehören. Andererseits reflektiert aber die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch Senioren ein einigermaßen "abgesichertes" Einkommen, welches zwar nicht/kaum steigend ist, aber auch nicht völlig der Willkür sowohl des Arbeitsmarktes als auch des Staates unterworfen werden kann. Nicht zuletzt sind natürlich die Ansprüche an Neu- und Ersatzbeschaffungen geringer als bei jüngeren Jahrgängen. Dabei ist nicht zu übersehen, dass stagnierende und rückläufige Einkommensentwicklungen bei gleichzeitigem Ansteigen der Lebenshaltungskosten in fast allen Rentnerhaushalten - wie insbesondere bei Vorentnern bzw. Neurentnern - immer spürbarer werden. Diskussionen um die

6 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2007 - Arbeits- und Sozialstatistik, Berlin 2007, Tabelle STB 1.15.

"Un-Sicherheit" der Renten verstärken negative Urteile zur individuellen wirtschaftlichen Situation.

Im Jahr 2007 bewerten 30 % der ab 50-Jährigen ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut, 48 % mit teils gut/teils schlecht, 16 % mit schlecht und 5 % mit sehr schlecht. Bei älteren Bürgern ab 60. Lebensjahr hat sich der allgemeine Trend weiter fortgesetzt, dass sich ihre Bewertung immer weniger von der Gesamtheit der Aussagen abhebt, ebenso wie die 50- bis 60-Jährigen nach wie vor eine unter dem allgemeinen positiven Niveau liegende Bewertung vornehmen. Die im Vergleich bis zur Jahrtausendwende vorliegenden positiven Aussagen (vgl. Abbildung 3.1) werden - mit Tiefpunkt 2003/2006 - noch nicht wieder erreicht.

Abbildung 3.1: "Wie bewerten Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?" (- 1992 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent* - (nur Antworten: "sehr gut"/"gut")



Datenbasis: sfz/leben 1992-2007 (gew.)

Waren es im Jahre 1999 nur 2 % der Bürger ab 60 Jahre, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht/sehr schlecht kennzeichneten, so steigt dieser Anteil bis 2007 auf 14 %.

Von Einfluss auf die seit 2002 abgegebenen Wertungen sind ohne Zweifel die insgesamt als "Verlust" empfundene Euro-Umstellung mit den inzwischen nicht mehr übersehbaren, im Mittelpunkt von Diskussionen stehenden Teuerungen, aber auch die nach wie vor fehlende Einkommensangleichung in den aktuellen Rentenwerten bzw. den Arbeitseinkommen vieler Wirtschaftszweige. Auch Verunsicherungen im Bereich sozialer Leistungen und dafür zu zahlender Beiträge tragen insgesamt zu einer negativeren "Stimmung" bei.

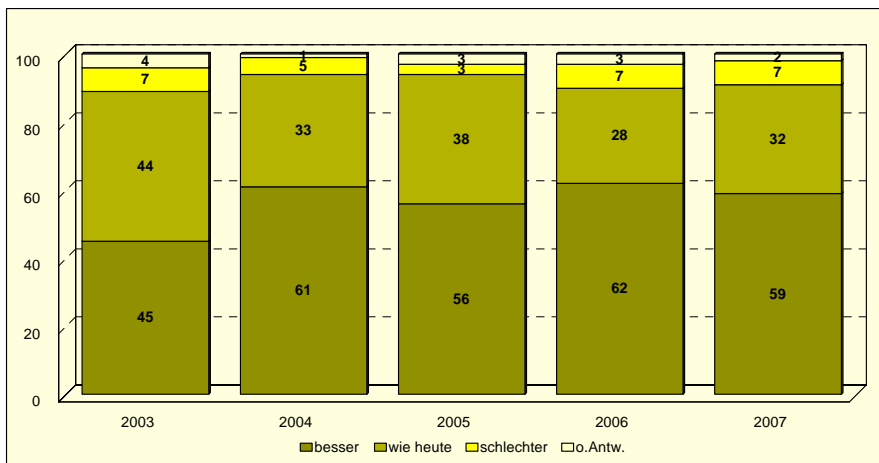
Im Rahmen der Untersuchungen des SFZ wurde nach 2000 die Analyse zur individuellen wirtschaftlichen Situation um die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage jeweils vor fünf Jahren (d.h. im Jahr 2007 für 2002) sowie die erwartete individuelle wirtschaftliche Lage in fünf Jahren (für 2012) ergänzt. Zwei Tendenzen sind dabei unverkennbar: Erstens haben sich sowohl die Anteile jener ab 50-jährigen Bürger drastisch erhöht, welche die Aussage treffen, dass es ihnen inzwischen schlechter als vor fünf Jahren geht, als auch die Anteile jener, die von weiteren Verschlechterungen in der Zukunft ausgehen.

Während im Jahre 2003 insgesamt 45 % der ab 50-jährigen Befragten der Meinung waren, ihre wirtschaftliche Lage sei vor fünf Jahren (1999) besser als zum Befragungszeitpunkt gewesen, pendelte sich dieser Anteil von 2004 bis 2007 um 11 % bis 17 % höher ein.

Zweitens ist hervorzuheben, dass sich die deutlichsten "negativen" Veränderungen in den Altersgruppen ab 60. Lebensjahr vollzogen.⁷ Im Jahre 2003 bekundeten von den ab 60-jährigen Befragten 32 % rückblickend auf 1999, dass ihre wirtschaftliche Lage damals besser gewesen sei. Bis zum Jahre 2006 wuchs dieser Anteil auf 59 % an (+27 %) und sank 2007 auf 57 %.

Die erfolgten Eingriffe ins Alterseinkommen sind spürbar, die Annahmen auf Angleichungen des aktuellen Rentenwertes zu Lebzeiten kaum noch vorhanden.

Abbildung 3.2: "War Ihre eigene wirtschaftliche Lage vor fünf Jahren...?" (ab 50-Jährige) - neue Bundesländer - in Prozent -



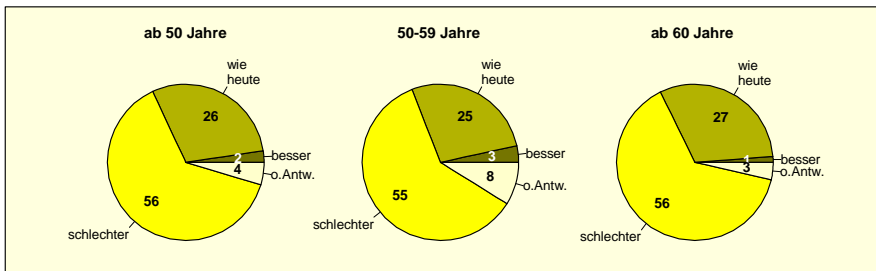
Datenbasis: sfz/leben 2003-2007 (gew.)

7 Vgl. Winkler, G.: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2004: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), a.a.O.

Eine vor fünf Jahren bessere eigene wirtschaftliche Lage bestätigten von 2003 bis 2007 jeweils mehr als 60 % der 50- bis 59-jährigen Befragten, 2006 waren es 67 % und 2007 trotz gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs noch immer 62 %.

Die Erwartungen an die Zukunft fallen insgesamt negativer aus. So gehen 2007 von allen Bürgern ab 18. Lebensjahr der neuen Länder 10 % von Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation bis 2012 aus. Bei den 50- bis 60-Jährigen sind das nur 3 % und bei den ab 60-Jährigen sogar nur 1 % (vgl. Abbildung 3.3).

Abbildung 3.3: "Wie wird vermutlich Ihre eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren sein ...?" - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



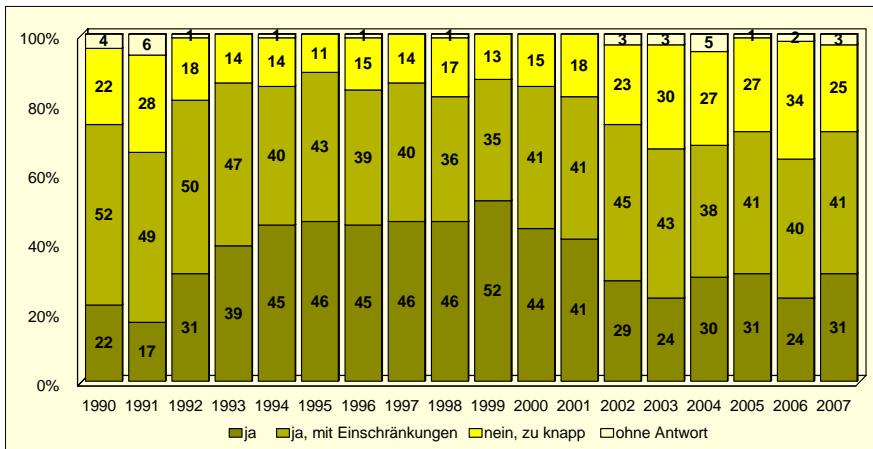
Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Alles in allem bringen die einzelnen Bewertungen - wenn auch unterschiedlich - nicht nur das Maß der real erfolgten Veränderungen in den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen in den letzten Jahren zum Ausdruck, sondern vor allem ein Maß an sozialer und Zukunftsunsicherheit, welches die soziale Stabilität langfristig gefährden kann. Der Umbau des Sozialstaates wird nicht als notwendige Umgestaltung für alle, sondern als Eingriff in den individuellen Lebensstandard und damit in die Lebensqualität für die Mehrheit empfunden.

Die getroffenen Aussagen zur wirtschaftlichen Zufriedenheit korrespondieren unmittelbar mit den gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Dabei spielen sowohl Einkommensentwicklungen, Preisentwicklungen, aber auch die individuellen Bedürfnisse der Lebensgestaltung eine unmittelbare Rolle.

Bereits seit 2000 zeichnet sich - analog der Bewertung der wirtschaftlichen Situation - eine deutliche Trendwende in den getroffenen Entscheidungen ab. Auf die Frage: "Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?", antworteten im Jahre 2007 rd. 31 % aller Befragten ab 50. Lebensjahr mit "ja",

Abbildung 3.4: "Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?" (ab 50. Lebensjahr) - 1990 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2007 (gew.)

41 % mit "ja, mit Einschränkungen" und 25 % mit "nein" (3 % ohne Antwort). Auch hier gilt, dass sich die Bewertungen älterer Bürger zunehmend der Mehrheit der Bürger annähern und überdurchschnittlich positivere Bewertungen deutlich zurückgehen.

Seit 2000 ist der Anteil der ab 50-Jährigen, deren Haushaltsnettoeinkommen ausreicht, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, von 44 % auf 31 % gesunken, der Anteil derjenigen, denen es zu knapp ist, von 15 % auf 25 % gestiegen.

Die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen gibt nur zu 29 % an, eine entsprechende Bedürfnisbefriedigung zu erreichen, für 31 % ist es zu knapp.

4 Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit

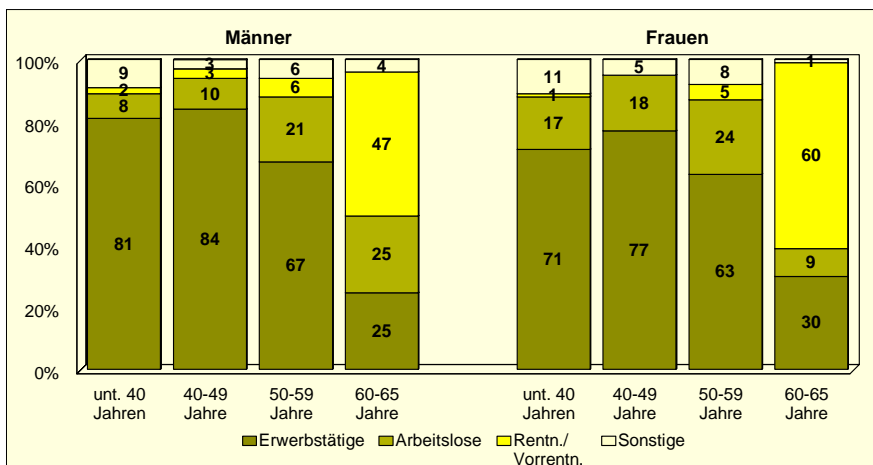
2007 waren von den über 18-jährigen befragten Bürgern in den neuen Ländern (inkl. Berlin-Ost) rd. 54 % erwerbstätig, 12 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), 30 % waren Rentner (inkl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 4 % Schüler, Studenten bzw. nicht erwerbstätig. Begrenzt man diese und die weiteren Aussagen auf die Altersgruppen zwischen 18. und 64. Lebensjahr, so waren Mitte 2007 rd. 71 % erwerbstätig, 15 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), 7 % bereits in Rente (einschl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 7 % Schüler, Studenten bzw. Nichterwerbspersonen.

Arbeit hat im Leben der Bürger der neuen Bundesländer nach wie vor einen hohen Stellenwert. 2007 geben 82 % der 50- bis 65-Jährigen an, dass Arbeit für sie in ihrem Leben "sehr wichtig" sei. Nur 31 % sind mit der Situation im Arbeitsleben zufrieden, und nur noch 10 % erwarten in Bezug auf Arbeit in den nächsten Jahren für sich Verbesserungen.

Die Entwicklungen 2006/2007 sind - insbesondere bezogen auf die Arbeitsmarktsituation der 50- bis 65-Jährigen - vor allem von Folgendem beeinflusst:

- dem Steigen der Anzahl der Erwerbstätigen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte), bei einem hohen Anteil im Bereich geringfügiger Beschäftigung bzw. prekärer Arbeitsverhältnisse;
- der weiterhin existenten "Verunsicherung" durch individuell empfundene "Arbeitsplatzunsicherheiten";
- den Diskussionen und Entscheidungen zur Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.

Abbildung 4.1: Erwerbsstatus nach Alter und Geschlecht (18 bis 65 Jahre) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

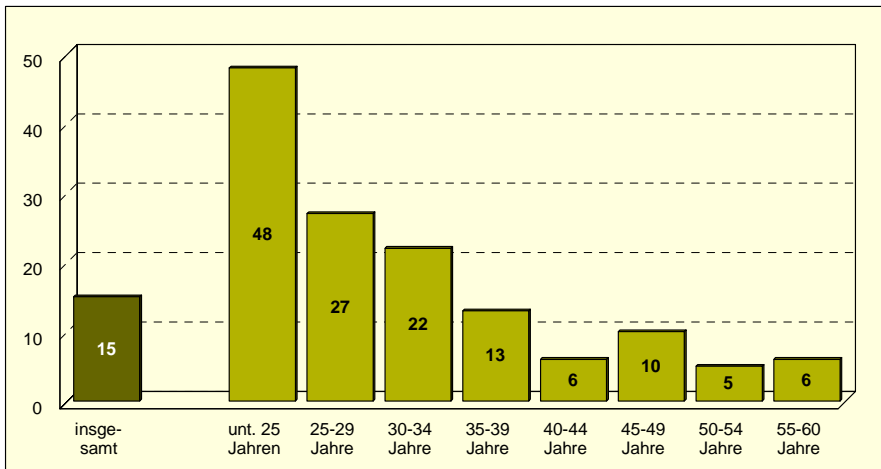
Die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt im Falle von Arbeitslosigkeit werden in den Altersgruppen von 50 bis 65 Jahren von 5 % als gut, von 14 % als schlecht und von 55 % als sehr schlecht bezeichnet (3 % ich weiß nicht/17 % trifft nicht mehr zu/6 % ohne Antwort). Die getroffenen Aussagen offenbaren ein hohes Maß sozialer Verunsicherung und stehen der Auffassung, dass wer arbeiten will auch arbeiten könne, entgegen. Von den genannten Altersgruppen befürchteten rd. 27 %, in den nächsten Jahren noch arbeitslos zu werden (ja/eventuell), rd. 24 % gehen nicht davon aus

(28 % geben an, dass diese Fragestellung für sie nicht mehr zutrifft/22 % ohne Antwort).

Im Gegensatz dazu wird nach wie vor von der Politik die Auffassung, dass wer arbeiten will auch arbeiten könne, systematisch verbreitet und damit Arbeitslosigkeit in den Bereich des individuellen Versagens bzw. unzureichender individueller Bemühungen geschoben. Nur 15 % aller Bürger unterstützen eine solche Auffassung. Zwei Aspekte sind dabei jedoch hervorhebenswert (vgl. Abbildung 4.2):

- Insbesondere "Jüngere" gehen zu rd. der Hälfte davon aus, dass jeder "Willige" arbeiten könne.
- Ebenso neigen Erwerbstätige in höherem Maße zu dieser Aussage (insbesondere Beamte - 19 %).

Abbildung 4.2: "Wer arbeiten will, findet auch Arbeit." - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent -



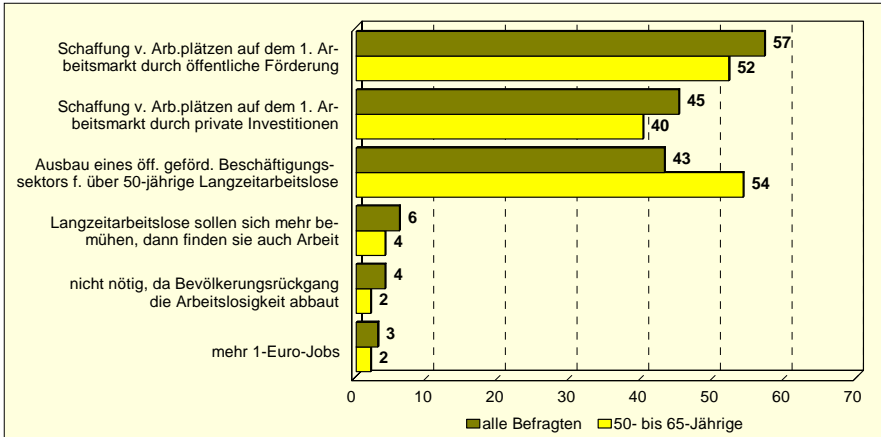
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die Vorstellungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (insbesondere sind davon ältere Bürger betroffen) sind relativ eindeutig.

Insbesondere der staatlichen Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt sowie speziell zur Förderung für Langzeitarbeitslose ab 50. Lebensjahr wird die höchste Priorität eingeräumt. 1-Euro-Jobs finden nach wie vor keine billigende Unterstützung (vgl. Abbildung 4.3).

Die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre stößt auf eine zwiespältige Resonanz. Einerseits sind 35 % der Bürger zwischen 18 und 65 Jahren bereit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten (auch um keine Abschlüsse in Kauf nehmen zu müssen), und

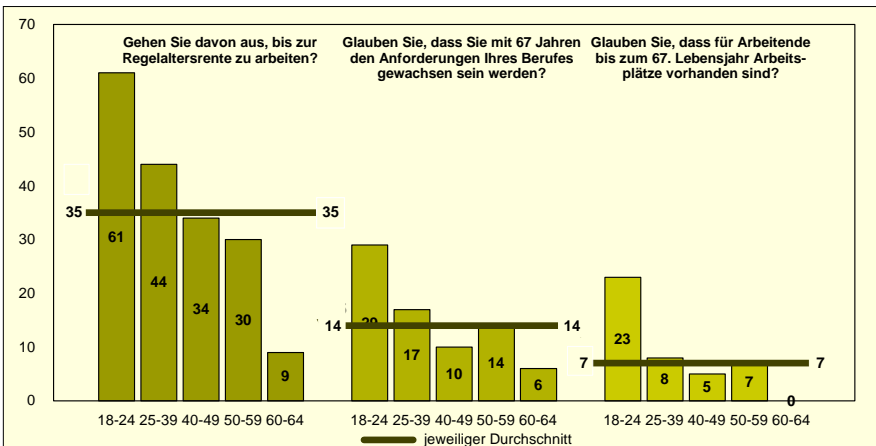
Abbildung 4.3: "Was sollte Ihrer Meinungen nach zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit getan werden?"- 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

51 % gehen davon aus, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Andererseits bejahen nur 7 % der Befragten, dass es hinreichend Arbeitsplätze geben wird, um selbst diejenigen weiter zu beschäftigen, die gegenwärtig erwerbstätig sind.

Abbildung 4.4: Aussagen zur Rente mit 67 nach Altersgruppen (nur Befragte unter 65 Jahren) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Befragt nach den individuellen Möglichkeiten einer längeren Lebensarbeitszeit, nehmen 14 % an, dass sie den damit verbundenen Anforderungen gewachsen sein werden, 77 % geben an, körperlich und geistig dann wahrscheinlich nicht mehr dazu in der Lage zu sein (Ausnahme Hochschulabsolventen, Selbstständige und Freischaffende, Beamte).

Die Arbeitsmarktdaten 2007 sind bislang optimistisch: Die Beschäftigung steigt, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Wenn dabei auch die verschiedensten statistischen Neuerungen geholfen haben, bleibt das Fazit, dass jeder, der einer regulären Beschäftigung wieder nachgehen kann, gut für das soziale Klima in Deutschland ist. Allerdings würde es in die Irre führen, hier nur auf die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu setzen. Denn diese zeigt einen Rückgang bei den als "arbeitslos" Erfassten im Alter von 50 Jahren und älter von rd. 1,1 Millionen im Dezember 2006 auf 942.000 im August 2007⁸. Trotz dieses Rückgangs hat diese Altersgruppe aber einen fast unveränderten Anteil von 25,4 % an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil mit 27,1 % nicht nur deutlich über dem entsprechenden Anteil in den alten Ländern (24,5 %), sondern hat auch mit einem unverkennbar deutlicheren Anstieg einen gegenläufigen Trend im Vergleich zu den alten Bundesländern.

Hauptproblem dabei ist, dass ältere Bürger nicht entsprechend am "Aufschwung" teilnehmen. Wenige Fakten mögen das belegen:

- Die Zahl der Bürger über dem 58. Lebensjahr, welche unter Regelungen der §§ 428 SGB III⁹ und 252, Abs. 8 SGB VI¹⁰ fallen, werden nicht als Arbeitslose ausgewiesen (rd. 300.000 in Deutschland - Mai 2007).
- Die älteren Bürger, die eine Tätigkeit im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ausüben, werden gleichfalls nicht als "arbeitslos" erfasst.
- Ein hoher Anteil älterer Bürger (insbesondere in den neuen Bundesländern) ist in geringfügigen und prekären Arbeitsverhältnissen tätig und das eindeutig aufgrund fehlender Arbeitsplätze in "regulärer" Beschäftigung.

8 Bundesagentur für Arbeit: Eckwerte des Arbeitsmarktes, August 2007.

9 Betrifft Arbeitslosengeld I-Empfängerinnen, die vor dem 01.01.2006 das 58. Lebensjahr vollendet und die Regelung des weiteren Arbeitsgeldbezuges unter Verzicht auf Vermittlungsangebot in Beschäftigung auf den 1. Arbeitsmarkt in Anspruch genommen haben.

10 Zeiten der Arbeitslosigkeit nach § 428 SGB VI werden nach dem 31.12.2005 in der Rentenversicherung nur noch für jene Versicherten als Anrechnungszeiten gewertet, deren Arbeitslosigkeit vor dem 01.01.2006 begonnen hat und die zu diesem Zeitpunkt das 58. Lebensjahr bereits vollendet hatten.

Auch hier verdeutlichen die Daten Folgendes:

- Der Anteil "nicht standardisierter Beschäftigungsverhältnisse" betrug in West- wie Ostdeutschland (2006) rd. ein Drittel (34 %) ¹¹, Frauen lagen z.B. in Westdeutschland mit 55 % deutlich über den Männern mit 15 %;
- Frauen der Altersgruppe 55 bis 60 Jahre waren in Westdeutschland (2005) zu 53 % teilzeitbeschäftigt (davon 12 % wegen fehlender Vollzeit-arbeitsplätze), in Ostdeutschland waren es "nur" 35 %, aber davon 60 % wegen fehlender "Vollzeit-Jobs" ¹²;
- befristete Arbeitsverhältnisse haben in Westdeutschland 3 % der 55- bis 60-jährigen Frauen, davon 27 % weil Dauerbeschäftigung nicht zu finden ist, in Ostdeutschland sind das 9 % der Frauen dieser Altersgruppe mit einem Anteil von 52 %, der keine Dauerbeschäftigung findet.

Tabelle 4.1: Vergleich nicht standardisierter Beschäftigungsverhältnisse (Altersgruppe 55 bis 60 Jahre - nach Geschlecht und Region) - 2005 - in Prozent -

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)		Neue Länder (einschl. Berlin)	
Teilzeitarbeit						
	Anteil Teilzeitarbeit	weil Vollbeschäftigung nicht zu finden	Anteil Teilzeitarbeit	weil Vollbeschäftigung nicht zu finden	Anteil Teilzeitarbeit	weil Vollbeschäftigung nicht zu finden
Frauen	49,3	19,5	53,4	12,4	34,9	59,8
Männer	5,8	37,0	5,5	29,7	7,3	64,7
Befristete Arbeitsverhältnisse						
	Anteil an Erwerbstätigen insgesamt	weil Dauerstellung nicht zu finden	Anteil an Erwerbstätigen insgesamt	weil Dauerstellung nicht zu finden	Anteil an Erwerbstätigen insgesamt	weil Dauerstellung nicht zu finden
Frauen	4,2	38,8	2,8	26,9	9,1	52,2
Männer	4,7	30,8	3,5	17,4	10,3	54,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Bd. 2 bis 4, Wiesbaden 2006

- Obwohl sich das Rentenalter leicht erhöht hat, erfolgt noch immer eine vorzeitige Berentung vor allem auf Kosten der "Neu"rentner, die dafür in

11 Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (Hrsg.), Potsdam 2007, S. 27. Diese von Infratest Sozialforschung und SOESTRA GmbH Berlin erarbeitete Studie enthält auch Vergleichsdaten zu West- und Ostdeutschland.

12 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Bd. 2 bis 4, Wiesbaden 2006.

beträchtlichem Maße lebenslange Einbußen im Renteneinkommen hinnehmen müssen.¹³

- Die Entwicklung in den neuen Bundesländern führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden und immer weniger Junge nachrücken. Damit verbunden steigt das Durchschnittsalter der Betriebsbelegschaften. Hinzu kommen Abwanderungseffekte von jungen Menschen.

Befragt nach den Alternativen des Übergangs in die Rente würden aus gegenwärtiger Sicht die unter 65-Jährigen sich wie folgt entscheiden:

- 44 % der Befragten zwischen 18 und 64 Jahren würden mit 55 Jahren in Teilzeit wechseln, wenn die Rentenversicherungsbeiträge auf 100 % vom Staat aufgestockt werden, so dass bei Renteneintritt keine Rentenverluste auftreten;
- 35 % würden bekannte Modelle der Altersteilzeit nutzen;
- 22 % halten eine Erwerbstätigkeit bis zum 65. Lebensjahr (bzw. schrittweise 67) für die günstigste Lösung zum Übergang in die Rente;
- nur 17 % könnten sich Teilrentensysteme vorstellen;
- 14 % haben keine Meinung ("ich weiß nicht").

Nach Altersgruppen verschieben sich die Akzente deutlich. Während Teilzeit/Altersteilzeitmodelle für "Jüngere" keine Rolle spielen, steigt der Stellenwert mit dem Näherrücken des Renteneintrittsalters.

Die unter 65-Jährigen wurden direkt danach befragt, ob sie persönlich davon ausgehen, dass sie

- bis 65 (bzw. 67) Jahre arbeiten werden oder
- früher aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln.

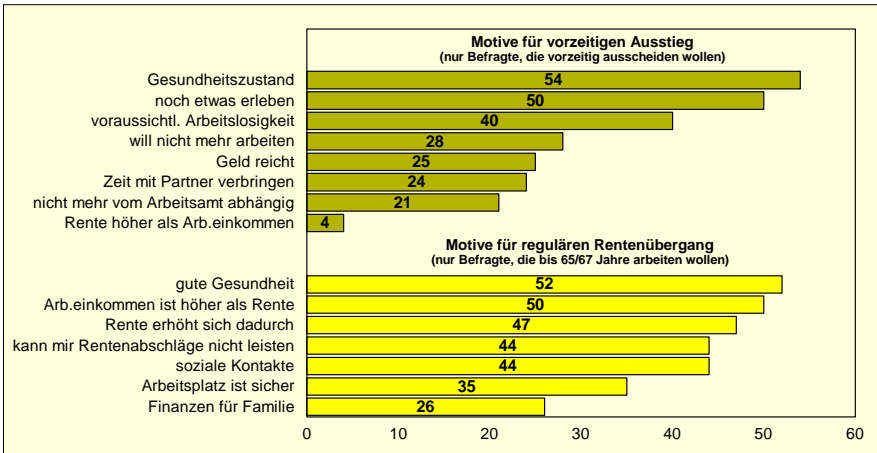
Dabei äußerten 35 % der unter 65-Jährigen, dass sie bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten werden, 51 % gehen für sich von einem früheren Renteneintritt aus (14 % ohne Aussage). Vor allem Männer nehmen in höherem Maße an, dass sie bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze arbeiten werden (Männer = 39 % - Frauen = 32 %).

Motive für den vorzeitigen "Ausstieg" bzw. den regulären Übergang in die Altersrente lassen sich auf vier Komplexe zusammenführen:

- der erreichbare Gesundheitszustand, welcher für rd. die Hälfte der Befragten über Verbleiben oder Aussteigen entscheidet;
- die Arbeitsmarktsituation, die der Einzelne für sich annimmt;
- finanzielle Möglichkeiten und Bedingungen nach Renteneintritt sowie
- soziale Kontakte im Erwerbsleben bzw. Bedürfnis nach "Zeit mit Partner".

13 Brassig, M.: Vier von zehn Zugängen in Altersrente erfolgen mit Abschlügen, Altersübergangsreport 1/07.

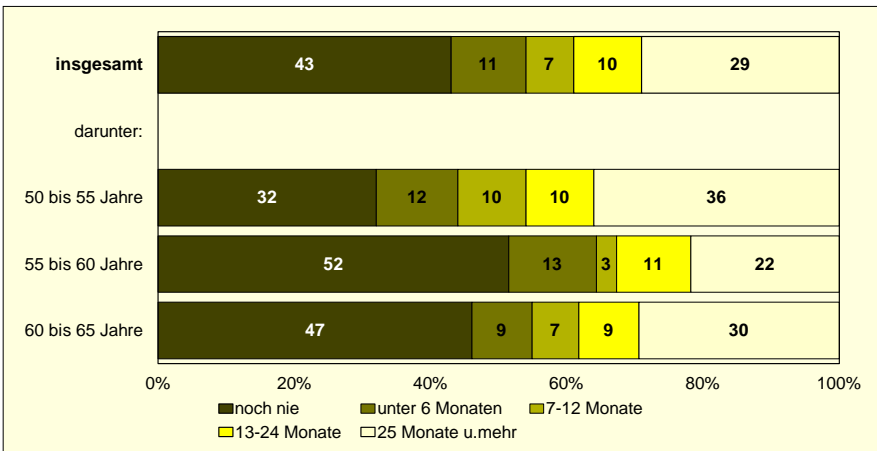
Abbildung 4.5: Motive für vorzeitigen Ausstieg bzw. für regulären Rentenübergang (Befragte zwischen 50. und 65. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Der hohe Stellenwert, den die Arbeitsmarktsituation insgesamt für "das Leben im Alter" hat, wird auch deutlich, wenn man die Länge der Arbeitslosigkeit, die der Einzelne seit 1990 erreicht hat, betrachtet und dabei die Auswirkungen auf Rentenentgeltpunkte und Rentenhöhe in Betracht zieht. Rund

Abbildung 4.6: Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit seit 1990 bis 2007 (50 bis 65 Jahre) - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

ein Drittel aller Männer und ein Viertel aller Frauen über 50 Jahre haben eine Gesamtarbeitslosigkeit von mehr als zwei Jahren durch eigenes Erleben kennengelernt (vgl. Abbildung 4.6).

In den neuen Bundesländern verfügen 57 % aller 50- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit - wenn auch bei unterschiedlicher Dauer. Dabei waren seit 1990 Männer insgesamt in höherem Maße betroffen als Frauen und weisen den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit aus, was auch dem höheren Anteil von Frauen mit "Vorverrentung" geschuldet ist.

5 Einkommen

Einkommensentwicklungen - individuelles bzw. familiäres Einkommen, Erwerbs- oder Alterseinkommen - haben in den letzten Jahren zusätzliches Gewicht erhalten, nicht zuletzt aufgrund der geringen Steigerungen der Bruttoarbeitsentgelte, der Nullrunden bei Rentnern zwischen 2002 und 2006, der zusätzlichen Belastungen durch Maßnahmen der Sozialreformen sowie der steigenden Preise und Tarife, die alles zusammen zu einer Senkung der Realeinkommen für große Teile der Bürger führten. Mit der ab 1. Januar 2007 wirksamen Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde diese Entwicklung ebenso fortgesetzt wie mit der Erhöhung bei Lebensmittelpreisen Mitte 2007. Weitgehend zum Erliegen gekommen ist auch die Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West. Neuere Studien gehen von nach wie vor existenten gravierenden Unterschieden in der Bezahlung von Beschäftigten für gleiche Tätigkeiten aus.¹⁴ In einzelnen Berufen beträgt der Abstand bis zu 40 %.

Insgesamt ist charakteristisch:

- Die Löhne und Gehälter lagen in den neuen Bundesländern in der Privatwirtschaft im Jahre 2006 bei rd. 72 % des Westniveaus (Vergleich auf Basis Vollzeitäquivalent). Im öffentlichen Dienst werden 92,5 % des Westtarifs gezahlt, so dass insgesamt eine Lohn-/Gehaltsangleichung auf 76 % (2006) erreicht wurde.¹⁵
- Die Altersnettoeinkommen von ab 65-Jährigen in den neuen Bundesländern erreichten bei Ehepaaren 87,7 %, bei allein stehenden Männern 84,8 % und allein stehenden Frauen 95,6 % der vergleichbaren Gruppen aus den alten Bundesländern.¹⁶

14 Vgl. Lohnvergleiche der Hans-Böckler-Stiftung 2007 - vgl. auch WSI-Tarifarchiv.

15 Fischer, G./Wahse, J. u.a.: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands, IABForschungsbericht 5/2007, Nürnberg 2007, S. 21.

16 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherungsbericht 2005, Berlin 2006, Anhang, Tabelle 19.1; Zum Thema Alterseinkommen ist eine eigenständige Studie - Haupt, Hanna: Alterseinkommen - Altersarmut in den neuen Bundesländern, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2007 - erschienen.

Bezogen auf die Erwerbseinkommen ist im Ost-West-Vergleich hervorzuheben, dass

- es eine niedrigere Tarifbindung der Beschäftigten gibt, die 2006 bei 41 % in den neuen Bundesländern lag (57 % alte Bundesländer)¹⁷ - in der Tendenz sinkend. Als neue Form entstehende "betriebliche Bündnisse" erscheinen als eine "interessenorientiertere" Form als Flächentarife (zur Zeit 2 %) und sind noch die Ausnahme;
- ein bedeutend höherer Anteil an Arbeitslosigkeit vorliegt, der die Jahreseinkommen deutlich schmälert;
- es einen höheren Anteil von Beschäftigten in "prekären Arbeitsverhältnissen" gibt (befristeter Arbeitsvertrag, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Niedriglohnbeschäftigung). Insgesamt zeigen die Daten einen in den neuen Bundesländern geringeren Anteil von Beschäftigten in Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung bei höheren Anteilen von befristeten Beschäftigungen und in 1-Euro-Jobs-Tätigen;
- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - bezogen auf die Unternehmen, nicht bei vergleichbaren Tätigkeiten - insgesamt immer noch deutlich unter dem West-Niveau liegt. Auch die Umsatzproduktivität liegt im Ergebnis einer unterschiedlichen Branchen- und Betriebsgrößenstruktur in den neuen Bundesländern zwischen 85 % (Sachsen-Anhalt) und 71 % (Brandenburg) des gesamtdeutschen Durchschnitts.¹⁸

Die Vorstellungen über eine Angleichung der Einkommensverhältnisse haben sich in den letzten Jahren - insbesondere seit 2000 - deutlich verändert. Die Illusionen der Jahre 1990 bis 1995 sind verfliegen, insbesondere ältere Bürger gehen nicht davon aus, dass sie eine Einkommensangleichung noch erleben bzw. äußern sich dazu nicht mehr (vgl. Abbildung 5.1).

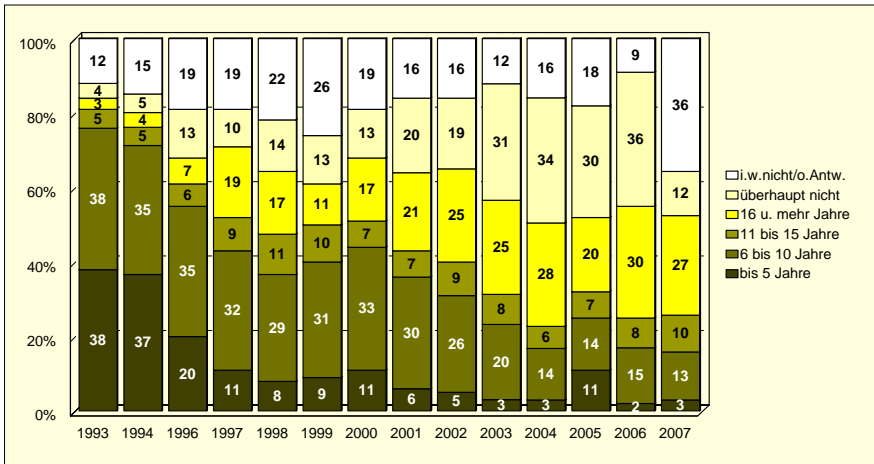
Unbestrittenermaßen haben sich seit 1990 die Einkommensverhältnisse insgesamt für die Bürger der neuen Bundesländer verbessert ebenso wie das dafür zu realisierende Angebot an Waren und Leistungen. Zugleich haben aber Differenzierungen innerhalb einzelner sozialer Gruppen sowie zwischen Erwerbseinkommen, Gewinnen und Vermögenseinnahmen deutlich an Gewicht für die Lebensverhältnisse des Einzelnen gewonnen. Das gilt insbesondere für einen steigenden Anteil von Bürgern die von Armut betroffen bzw. bedroht sind. (Es sei hier nochmals auf die eigenständige Veröffentlichung zu Alterseinkommen und Altersarmut verwiesen.¹⁹)

17 Veröffentlichte Daten in: Betriebspanel Berlin 2006, SOESTRA, Berlin 2007, S. 94.

18 Fischer, G./Wahse, J. u.a.: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands, IABForschungsbericht 5/2007, Nürnberg 2007, S. 17.

19 Haupt, H.: Alterseinkommen - Altersarmut in den neuen Bundesländern, a.a.O.

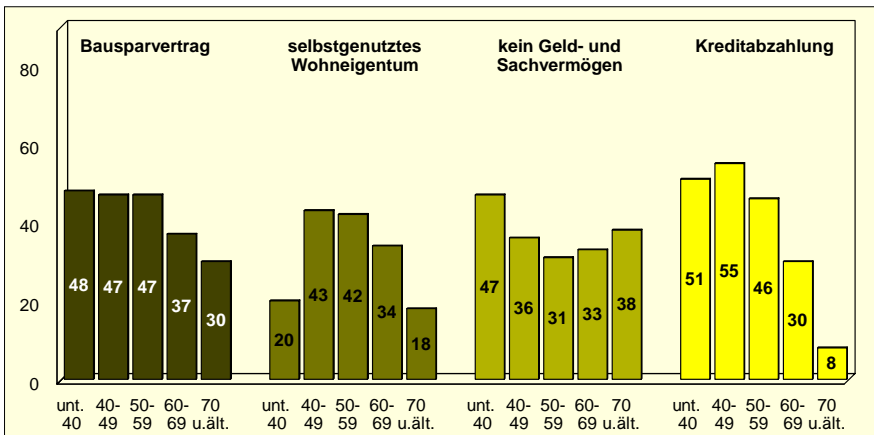
Abbildung 5.1: Erwartete Einkommensangleichung (ab 50. Lebensjahr) - 1993 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1993-2007 (gew.)

Insgesamt verfügt über ein Drittel älterer Bürger über kein Geld- und Sachvermögen. Das durchschnittliche Geldvermögen liegt - soweit vorhanden - mehrheitlich unter 20.000 Euro. Andererseits zahlen fast die Hälfte der 50- bis 60-Jährigen und rd. 25 % der über 60-Jährigen einen Kredit (vor allem

Abbildung 5.2: Ausgewählte Daten zum Geld- und Sachvermögen sowie zur Kreditaufnahme nach Altersgruppen - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



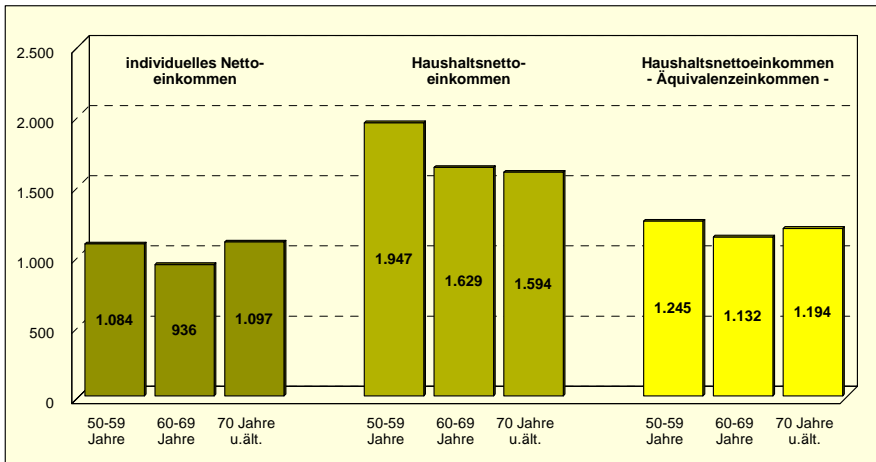
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

im Zusammenhang mit nach 1990 erworbenem Wohneigentum bzw. Wohnungssanierung und Pkw) ab.

Bürger ab 50. Lebensjahr verfügten entsprechend ihren eigenen Angaben 2007

- über ein individuelles Nettoeinkommen von 1.031 Euro,
- über ein Haushaltsnettoeinkommen von 1.734 Euro und
- ein die unterschiedlichen im Haushalt lebende Personenzahl berücksichtigendes Äquivalenzeinkommen²⁰ von 1.188 Euro/Haushaltsmitglied.

Abbildung 5.3: Nettoeinkommen nach Altersgruppen - 2007
- neue Bundesländer - in Euro -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

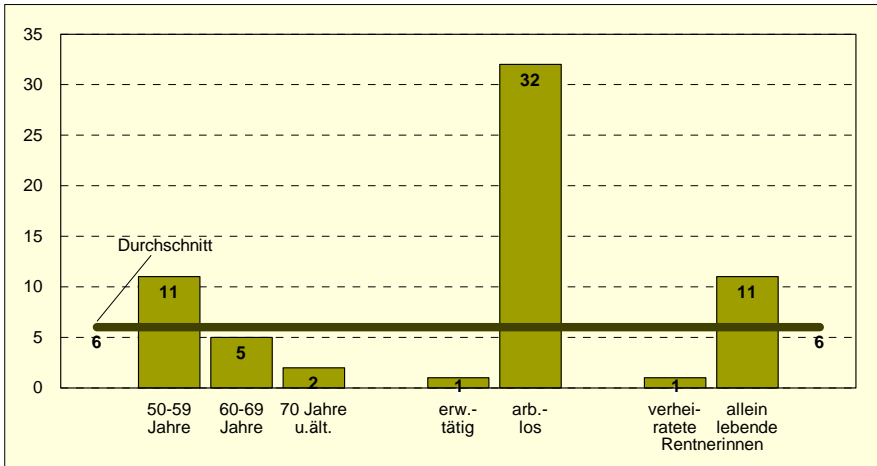
Die getroffenen Aussagen lassen zugleich erkennen, dass insbesondere die Wirkungen der Sozialreformen für die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen und Neurentner (Hartz IV/Rentenabschläge) zu geringeren Einkommen im Vergleich zu den "Jüngeren" und "Älteren" geführt haben.²¹

Damit verbunden treten zunehmend Probleme der Altersarmut auf. Wenn auch "nur" 6 % der über 50-Jährigen in Armut leben (50 % des Äquivalenzhaushaltsnettoeinkommens), so betrifft das in der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen rd. 11 %, ebenfalls 11 % der allein lebenden Rentnerinnen und 32 % der arbeitslosen über 50-Jährigen - Tendenzen steigend (vgl. Abbildung 5.4).

20 Die neue OECD-Skala setzt das Haushaltsnettoeinkommen für die erste Person im Haushalt den Faktor 1,0, für weitere Haushaltsmitglieder ab 15 Jahren 0,5 und für Kinder unter 15 Jahren 0,3. Auf diese Weise werden die Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander vergleichbar.

21 Vgl. Haupt, H.: Alterseinkommen - Altersarmut in den neuen Bundesländern, a.a.O.

Abbildung 5.4: Anteil von Bürgern in Armut (ab 50. Lebensjahr) (50 % vom durchschnittlichen Äquivalenzhaushaltsnettoeinkommen) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



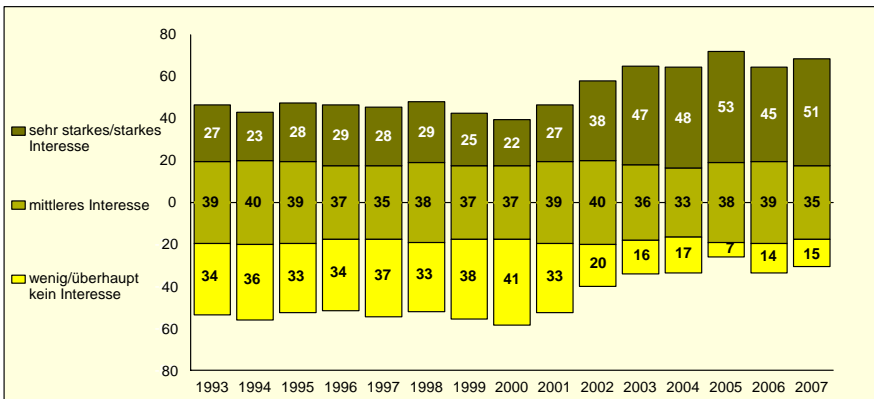
Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

6 Demokratie - Institutionenvertrauen

Eine der grundlegenden Triebkräfte der Vereinigung Deutschlands war - neben dem Streben nach einem der Arbeitsleistung entsprechenden Wohlstand und dem Erlangen grundlegender Freiheiten (insbesondere Meinungs-, Presse-, Reisefreiheit) - vor allem der Wunsch auf das Leben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu durchaus widersprüchlichen Erfahrungen geführt. Den neuen Möglichkeiten auf Vereins-, Organisations- und Parteienvielfalt und damit verbundener Meinungs- und Orientierungsvielfalt steht gleichermaßen eine parlamentarische Demokratie gegenüber, die in der Wahl von "Repräsentanten" auf den einzelnen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) für mehrere Jahre die wichtigste und fast einzige Möglichkeit zur Mitgestaltung insbesondere im politischen Raum sieht und weitgehend darauf begrenzt. Plebiszitäre Elemente, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (z.B. für ältere Bürger u.a. Gruppen) sind nur über "parlamentarische" Wege möglich.

Der anfänglichen Euphorie ist Ernüchterung gefolgt. 2007 waren nur 12 % der über 50-jährigen Ostdeutschen mit dem Stand der Demokratieentwicklung zufrieden, 34 % waren teilweise zufrieden und 48 % unzufrieden (6 % ohne Aussage). Noch Anfang der 90er Jahre betrug der Anteil der "Unzufriedenen" unter den älteren Bürgern nur 29 % (1994). Auch 2007 gibt es übereinstimmende Aussagen von Frauen und Männern. Mit dem sozialen Status

Abbildung 6.1: Entwicklung des politischen Interesses (ab 50. Lebensjahr) - 1993 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 1993-2007 (gew.)

und dem individuellen sowie familiären Einkommen steigt die "Demokratiezufriedenheit", was auch aus dieser Sicht darauf verweist, dass die dem Einzelnen gegebenen Chancen auf die Gestaltung seines Lebens (Arbeit, sozialer Status, Einkommen) maßgeblich seine Haltung zum System bestimmt und umgekehrt.

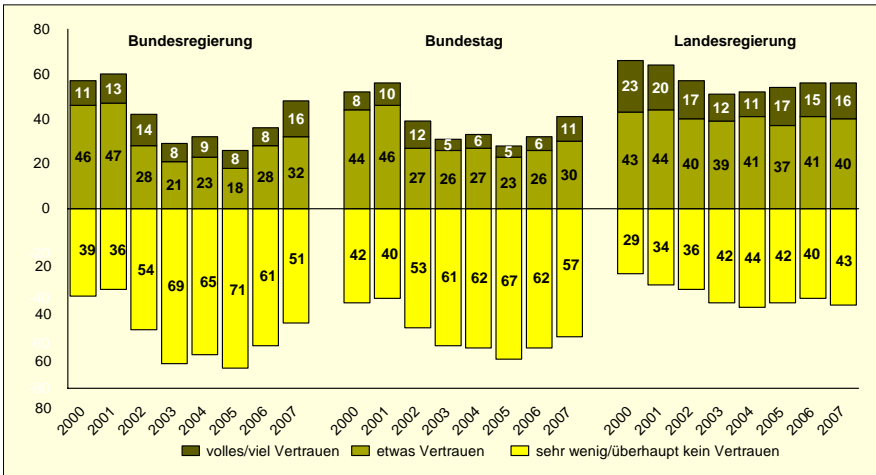
Insbesondere die Jahre seit 2000 haben zunächst zu einer zunehmenden politischen Sensibilisierung der Bürger beigetragen (Debatten um Sozialreformen), diese scheint jedoch mit den Wirkungen insbesondere z.B. der Gesundheits- und Rentenreform wieder im Schwinden zu sein.

Waren Anfang der 90er Jahre die Erwartungen an die gesellschaftlichen Institutionen relativ hoch, so ist das in sie gesetzte Vertrauen seit Beginn des neuen Jahrtausends - nicht zuletzt im Ergebnis nicht eingelöster Versprechungen sowie direkter Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme und trotz sinkender Arbeitslosenzahlen existenter Probleme in der Arbeitsmarktpolitik bzw. der Angleichung der Lebensverhältnisse - nach wie vor niedrig.

Insgesamt ist das Vertrauen der "älteren" Ostdeutschen (d.h. der ab 50-Jährigen) in gesellschaftliche Institutionen eher gering. Am stärksten ausgeprägt ist es (2007) seitens der Ostdeutschen zur Polizei (36 % voll/viel Vertrauen - bei steigender Tendenz: 1993 = 20 %), zu den Stadt- bzw. den Gemeindeverwaltungen (24 %) sowie den Gerichten (20 %). Bundesregierung (16 %) und Bundestag (11 %) genießen in geringstem Maße volles/viel Vertrauen. Die ab 2000 eingetretene erkennbar sinkende Tendenz ist seit 2006 erstmalig wieder steigend ("Kanzlerinnen-Bonus"). Die "Zuwendung" zur neuen Bundesregierung ist am höchsten bei Hochschulabsolventen

(15 %), Beziehern höherer Einkommen (über 2.000 Euro individuelles Nettoeinkommen = 26 % und älteren Bürgern (31 % - 70 Jahre und älter), am geringsten bei Arbeitslosen (61 % kein Vertrauen) und der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen (61 %). Das Vertrauen in die Landesregierungen stabilisiert sich insgesamt, bei z.T. deutlich unterschiedlichen Bewertungen in den einzelnen Ländern.

Abbildung 6.2: Vertrauen in Institutionen (ab 50. Lebensjahr)
 - 2000 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort/kann ich nicht beurteilen

Datenbasis: sfz/leben 2000-2007 (gew.)

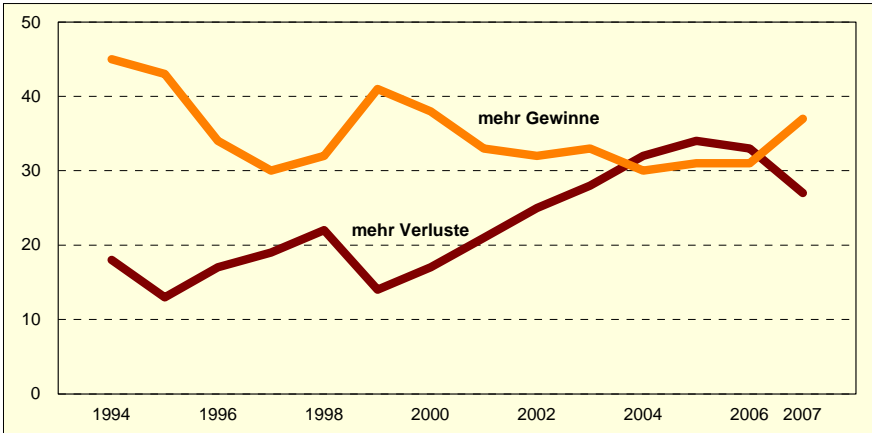
7 Identifikation - Integration

Die Vereinigung Deutschlands ist und bleibt Ergebnis der friedlichen Revolution der ostdeutschen Bevölkerung, getragen und gewollt von der Mehrheit der Bürger, bei allen Unterschieden in der Motivation. Inzwischen sind rd. 17 Jahre vergangen. Mit Höhen und Tiefen, mit Fortschritten und Rückschlägen, mit Zugewinnen und Verlusten in diesem oder jenem Bereich. Über den Gesamtzeitraum weist die Bewertung der Vereinigung durch die Bürger drei charakteristische Tendenzen auf (ab 50. Lebensjahr):

Erstens hat sich der Anteil der Bürger, die für sich vor allem bzw. mehr Gewinne sehen, auf rd. ein Drittel seit Beginn des Jahrtausends stabilisiert, mit Anstieg 2007 (37 %).

Zweitens hat der Anteil derer, für welche die Vereinigung vor allem bzw. mehr mit Verlusten verbunden ist, zwischen 1994 und 2004 eine insgesamt steigende Tendenz, seitdem fallend (2007 = 27 %).

Abbildung 7.1: Bewertung der deutschen Einheit - Gewinne-Verluste (ab 50. Lebensjahr) - 1994 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1994-2007 (gew.)

Drittens folgen die Bewertungen politisch-ökonomischen Veränderungen und Annahmen. Das wird deutlich an der Zunahme negativer Wertungen zum Ende der Kohl-Ära (1998), der kurzzeitigen Verbesserung bzw. Belebung nach Bildung der rot-grünen Koalition ("Schröder-Bonus") und der steten Zunahme von Verlust-Bewertungen seit 2000 mit den Spitzenwerten in den

Tabelle 7.1: "Sind siebzehn Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...?" - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -

	gesamt ab 50 Jahre	Geschlecht		Alter			Erwerbsstatus		insg. alle ab 18 Jahre
		männlich	weiblich	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.-los	
mehr Gewinn als Verlust	37	45	29	30	35	49	33	21	39
Gewinn/Verlust sind gleich groß	34	26	41	29	37	34	34	25	32
mehr Verlust als Gewinn	27	26	28	37	27	15	33	46	26
trifft nicht zu/ohne Antwort	3	3	2	3	2	3	0	8	3

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

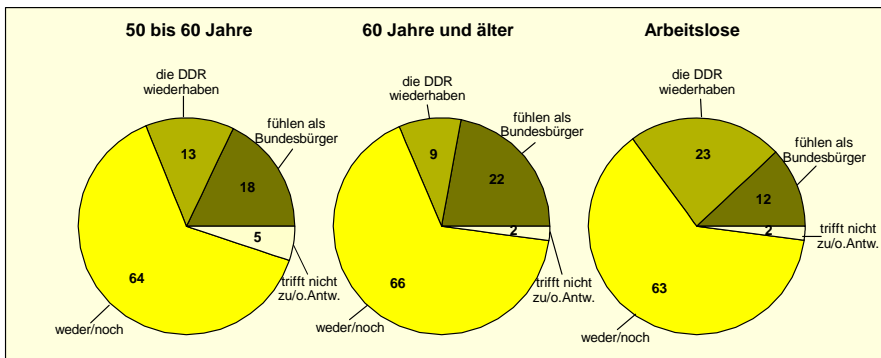
Jahren 2005/2006. Ob die Werte 2006/2007 dem "Kanzlerinnen-Bonus", d.h. dem "Aufschwung" und dem Abbau z.B. von Arbeitslosigkeit, positiv zuzuschreiben sind, lässt sich noch nicht ableiten.

Die Bewertungen von Gewinnen und Verlusten sind gerade bei älteren Jahrgängen stark an die eigene Position im Arbeitsmarkt gebunden. Frauen empfinden offensichtlich die Rückkehr zu traditionellen "Rollenbildern" und zunehmende Ungleichheiten weniger als "Vereinigungsgewinne" fördernd (Männer = 45 %, Frauen = 29 %).

Die 2007 erhobenen Gesamtaussagen verweisen mit aller Deutlichkeit auf die nach wie vor nicht vollendete Einheit. Nach der politischen Vereinigung kam der Angleichungsprozess relativ rasch zum Erliegen. Bis in die Gegenwart existieren zwei Wirtschaftsgebiete, zwei Ausbildungs- und Arbeitsmärkte, zwei Rentenrechtsgebiete, zwei Tarifgebiete, zwei Gebiete mit unterschiedlichen Wertestrukturen und Sichten auf Gegenwart und Vergangenheit sowie den Chancen Einheimischer, in die "Eliten" aufzusteigen. Die Integration der Ostdeutschen ist insgesamt - bei allen anerkannten Fortschritten - insbesondere aus Sicht der heute 50- bis 65-Jährigen noch nicht hinreichend erreicht worden.

Das findet seinen Ausdruck auch in der von den Bürgern vorgenommenen Bewertung der Identifikation mit der BRD. Auf die Frage nach der Identifikation mit der Bundesrepublik antworteten 21 % der Bürger ab 50. Lebensjahr, dass sie sich als "richtige Bundesbürger" fühlen, "ich möchte am liebsten die DDR wiederhaben" geben 11 % der Befragten an, wobei festzuhalten ist, dass es sich insbesondere um Arbeitslose handelt. Mehrheitlich wird die Aussage getroffen: "Ich fühle mich noch nicht als Bundesbürger, aber ich möchte auch die DDR nicht wiederhaben" (66 %). Damit werden einerseits

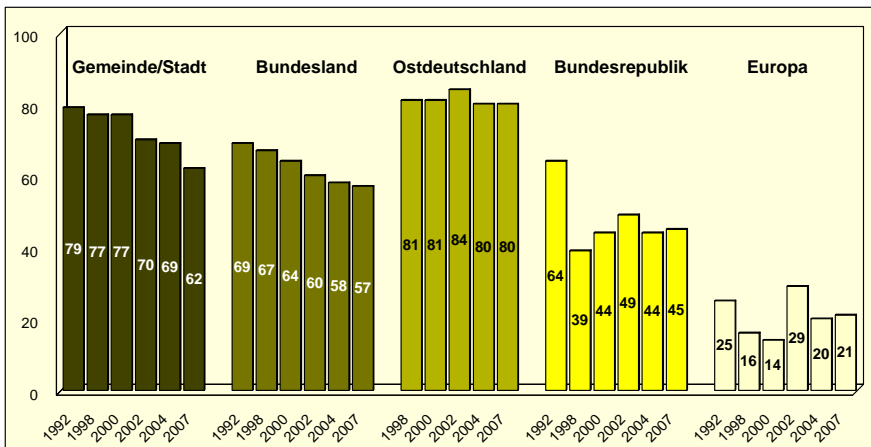
Abbildung 7.2: "Als was fühlen Sie sich nach 17 Jahren deutsche Einheit?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



die bewältigte DDR-Vergangenheit zum Ausdruck gebracht wie andererseits die noch nicht hinreichend erfolgte Gleichbehandlung der Ostdeutschen nach der Vereinigung und die bis heute vorhandenen Probleme des Integrationsprozesses (vgl. Abbildung 7.2).

Vergleicht man die Entwicklungen in den vergangenen Jahren, so ist allgemein festzustellen, dass es eine generell abnehmende Identifikation mit fast allen Bezugspunkten zur jeweiligen Gemeinde/Stadt, zum jeweiligen Bundesland gibt. Die Verbundenheit zu Ostdeutschland ist stabil hoch, zur Bundesrepublik sich stabilisierend auf mittlerem Niveau, zu Europa gering, mit zum Teil deutlichen Schwankungen (vgl. Abbildung 7.3).

Abbildung 7.3: Verbundenheit mit der Region (ab 50. Lebensjahr) - 1992 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "ziemlich stark"/"stark")



Datenbasis: sfz/leben 1992-2007 (gew.)

8 Werte - Klima

Ost und West unterscheiden sich nach wie vor durch eine auf unterschiedlicher Sozialisation und Lebensverläufen beruhenden Wertestruktur. Es kann durchaus davon ausgegangen werden, dass insbesondere für ältere Menschen in Ostdeutschland eine sich nur langsam wandelnde, aber generell noch von der Sozialisation der vergangenen Jahrzehnte geprägte Wertestruktur charakteristisch ist, die auch andere soziale und kulturelle Entwicklungen reflektiert.

Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Ostdeutschen gründen sich u.a. auf andere Erfahrungen in Bezug auf ein gleiches Recht auf Arbeit, auf Ausbildung und auf Einkommen als Grundlagen individueller und familiärer Existenz. In

den alten Ländern wird eher davon ausgegangen, dass Ausbildung, Arbeit und Einkommen Ressourcen für Selbstbestimmung sind, die man im Konkurrenzkampf gegen andere erringen und behaupten muss. Der Stellenwert von Freiheit ist nach wie vor unterschiedlich, da Freiheit in den neuen Bundesländern nicht allein auf Freiheit politischer Aktivitäten und von Presse- und Reisefreiheit begrenzt wird, sondern für viele Menschen auch freiheitliche Grundrechte wie Recht auf Arbeit, Bildung, Chancengleichheit usw. einschließt. Gerade beim Stellenwert, den Ostdeutsche der "Freiheit" beimessen, sollte nicht übersehen werden, dass sie es waren, die sich ihre Freiheit 1989 durch eigenes Handeln erkämpften. Aber auch soziale Sicherheit - nicht nur im Sinne von "Leistungen", sondern von Stabilität in der Lebensplanung - ist ihnen ein durchaus vertrauter Wert.

1990 wurde angenommen, dass sich die Wertestrukturen Ost- und Westdeutschlands rasch angleichen würden, was hieß, dass die Werte der Bürger der neuen Bundesländer sich denen der alten "anpassen" würden. Inzwischen haben sich seit 1993/94 doch relativ stabile Wertestrukturen herausgebildet, die denen der alten Länder keineswegs gleichen, sie sind nicht besser oder schlechter, sondern einfach "anders".

Untersuchungen belegen²², dass die Bürger der neuen Bundesländer ab 50. Lebensjahr vor allem soziale Sicherheit, aber auch Gerechtigkeit und Freiheit in ihrem Leben für sehr wichtig/wichtig halten. Solidarität und Gleichheit nehmen einen nachrangigen Stellenwert ein. Die Auffassung, dass die Ostdeutschen generell - nicht nur ältere - der Gleichheit den Vorrang vor der Freiheit geben, wird immer gern in die Debatte gebracht, ist mit den vorliegenden Untersuchungen jedoch nicht nachweisbar. Im Einzelnen werden von den Bürgern ab 50. Lebensjahr folgende Aussagen getroffen (2007):

Tabelle 8.1: "Welcher der nachfolgenden Werte ist Ihnen am wichtigsten (Platz 1), wichtig (Platz 2) oder am wenigsten wichtig (Platz 5)?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer

	Platz 1 (sehr wichtig)	Platz 2 (wichtig)	Platz 3 (in mittl.Maße wichtig)	Platz 4 (weniger wichtig)	Platz 5 (am wenigsten wichtig)	Durchschnitt
soziale Sicherheit	64	17	11	5	3	1,66
Gerechtigkeit	38	38	14	7	3	1,98
Freiheit	35	21	19	14	11	2,46
Solidarität	15	22	23	27	14	3,01
Gleichheit	15	15	14	15	41	3,50

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

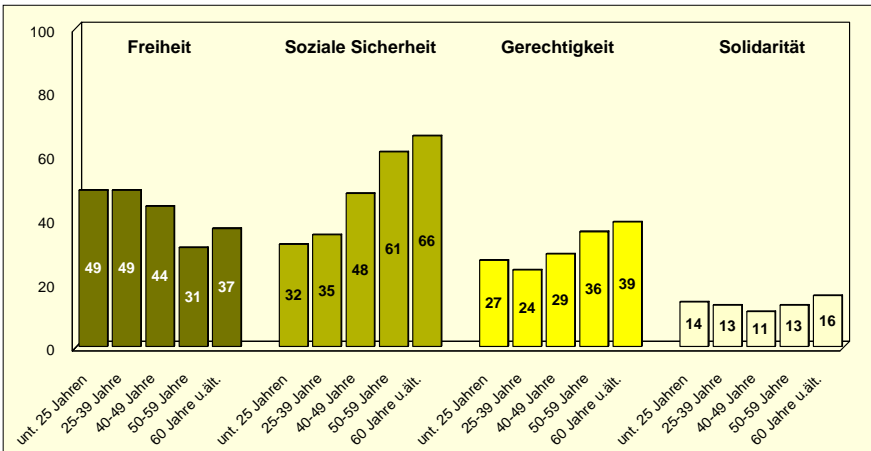
22 Vgl. Winkler, G.: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2001: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Berlin 2001, S. 60-128.

Auch in den neuen Bundesländern sind die Positionen zu den Grundwerten stark altersspezifisch ausgeprägt, die spezifischen Lebensverhältnisse wirken zusätzlich prägend. Jüngere Bürger geben der Freiheit, ältere Bürger der sozialen Sicherheit ein höheres Gewicht - beide Grundwerte verhalten sich in den Denkstrukturen altersgegensätzlich. Das heißt nicht, dass Ostdeutsche die Freiheit der Gerechtigkeit oder sozialen Sicherheit gegenüberstellen, ebenso wenig wie sie ein "anstelle - von" akzeptieren. Es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, das belegen die Erfahrungen der DDR. Es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Grundwerte bilden ein einheitliches Ganzes, in dem kein Element durch ein anderes "ersetzen" ist. Dabei ist unbenommen, dass vom Einzelnen - als Reflexion seiner spezifischen Situation, aber auch der sozialpolitischen Verhältnisse - durchaus Rangfolgen, Prioritäten gesetzt werden, die den Stellenwert, den der Einzelne den Grundwerten zuordnet, ebenso wiedergeben wie aus seiner Sicht vorhandene Defizite in der wahrgenommenen Realisierung.

Die Abbildung 8.1 verdeutlicht den ab 50. Lebensjahr weitgehend übereinstimmenden hohen Anspruch an soziale Sicherheit. Wenn Bürger ab 60. Lebensjahr insbesondere der Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert beimessen, dann reflektiert das in besonderem Maße, dass ihre materiellen/ finanziellen Lebensverhältnisse nicht mehr durch "eigenes Handeln" wesentlich beeinflusst werden können, sondern durch eine zu Recht als ungerecht empfundene Ungleichheit zwischen Ost und West bestimmt werden. Zwei Rentenrechtsgebiete werden nach Vorstellung der Bundesregierung

Abbildung 8.1: Grundwerte nach Altersgruppen - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "sehr wichtig")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

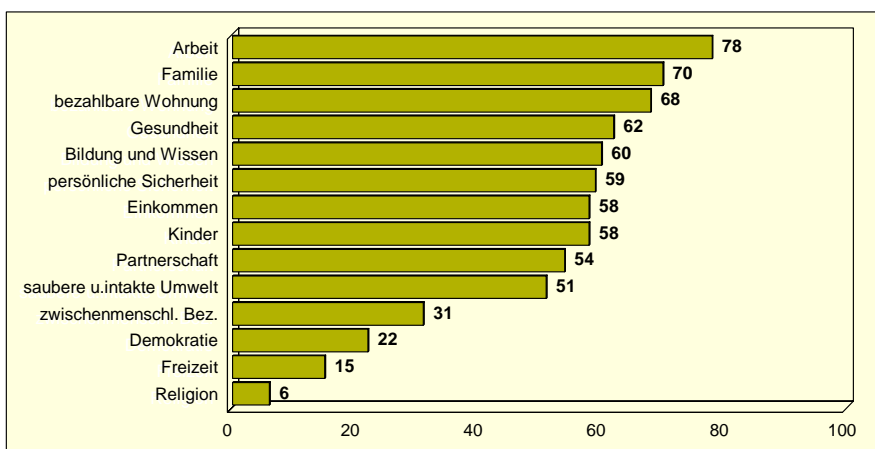
noch über viele Jahre existieren. Formale Gleichheitsvorstellungen sind damit keineswegs verbunden. Die These, dass nur im "Gefängnis alle gleich sein können"²³ ist der Rechtfertigungsversuch für zunehmende Ungleichheiten in wirtschaftlichen und Lebensverhältnissen zwischen Ost und West.

Wenn auch Solidarität für ältere Menschen einen geringfügig höheren Stellenwert als für junge Menschen hat, so ist eine weitgehende "Entsolidarisierung" insgesamt unverkennbar. Solidarität wird heute von den Politikern aller Parteien als politischer Kampfbegriff gebraucht und missbraucht. Es geht vielen Politikern nicht mehr vorrangig um gegenseitige Hilfe, um das Sorgen um den Nächsten, um Unterstützung für jene, die der Hilfe bedürfen, sondern um eine als Solidarität gekennzeichnete Umverteilung. Mit "Solidarität" wurde einst das deutsche Sozialleistungssystem begründet, mit "Solidarität" wird es gegenwärtig wieder abgebaut.

Die Wertestruktur ist - das belegen die jährlichen Untersuchungen seit 1990 - nach wie vor durch eine weitgehend stabile Struktur geprägt, in deren Mittelpunkt die Werte Arbeit, Familie und soziale Sicherheit stehen. Für 78 % der Bürger ab 50. Lebensjahr ist Arbeit in ihrem Leben sehr wichtig, zugleich ist für 70 % die Familie sehr wichtig. Dabei hat für 50- bis 60-Jährige Arbeit einen etwas höheren Stellenwert (83 %) als für ab 60-Jährige (75 %), für die die Gesundheit (66 %) wichtiger ist als für "Jüngere" (53 %).

Für sehr wichtig in ihrem Leben halten die Bürger zugleich bezahlbares Wohnen (68 %), Gesundheit (62 %), Bildung (60 %), persönliche Sicherheit (59 %), Einkommen (58 %), Kinder (58 %), Partnerschaft (54 %), saubere u.intakte Umwelt (51 %), zwischenmenschl. Bez. (31 %), Demokratie (22 %), Freizeit (15 %), Religion (6 %).

Abbildung 8.2: "Wie wichtig ist Ihnen...?" (ab 50. Lebensjahr)
 - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -
 (nur Antwort: **"sehr wichtig"**)



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

23 Vgl. Dohnanyi, K.v.: Freiheit Ost, APuZ 40/2005, S. 9.

(59 %) sowie ein der Leistung entsprechendes Einkommen (58 %). Kinder und Partnerschaft genießen einen hohen Rang in der Wertestruktur vor Werten wie Demokratie, Freizeit und Religion. Gerade mit Letzterem unterscheiden sich Ostdeutsche (ebenso wie mit ihrer Haltung zur Arbeit) nach wie vor von den Bürgern der alten Bundesländer.

Insgesamt ist einerseits ein hohes Maß an Übereinstimmung z.B. zwischen Frauen und Männern festzustellen, was eine stärkere Wertorientierung von Frauen auf sozial-familiäre Werte - z.B. bezogen auf Arbeit, Bildung, Kinder, Familie und soziale Sicherheit - durchaus einschließt.

9 Wohnen

Unbestrittenermaßen haben sich für die überwältigende Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer, insbesondere für ältere Bürger, die Wohnverhältnisse seit 1990 grundlegend verbessert. Das betrifft sowohl den Wohnungszustand (Dach- und Fenstersanierungen, moderne Heizungssysteme) als auch die Wohnungsausstattung (Telefon, moderne Haushaltstechnik u.a.). Ein keineswegs unbedeutender Teil noch nicht im Rentenalter Stehender hat Wohneigentum erworben mit entsprechender Lage und Komfort. Gleichzeitig erfolgte jedoch eine bedeutende Steigerung der Miet- und Betriebskosten und ihres Anteils an den Haushaltsnettoeinkommen, erhöhten sich zum Teil Überschuldungen bzw. Mietrückstände und erreichte Obdachlosigkeit eine gesellschaftlich zu beachtende Größe. Zwangsumzüge aufgrund von Arbeitslosigkeit, um Arbeitslosengeld II zu erhalten, sind kein Einzelfall.

Unabhängig davon ist das Wohnen der Lebensbereich mit der höchsten Zufriedenheitsbewertung. Die Wohnzufriedenheit sinkt mit dem Alter und steigt mit dem Einkommen. Die Tabelle 9.1 verdeutlicht die mit unterschied-

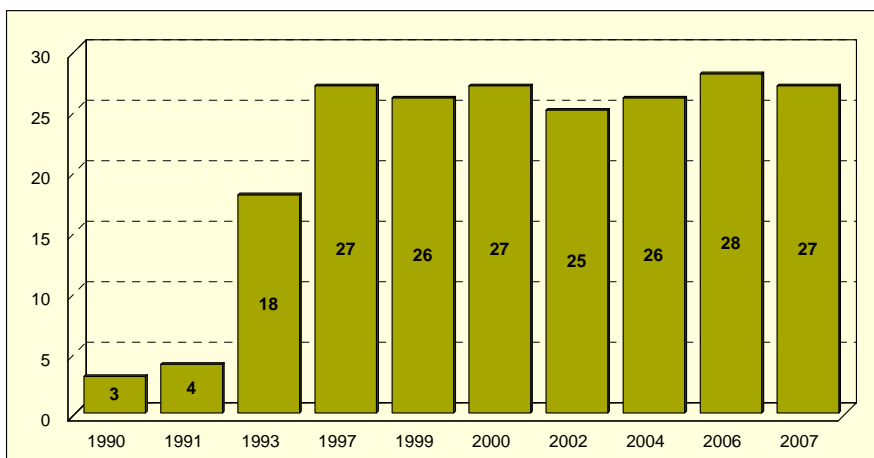
Tabelle 9.1: Ausgewählte Indikatoren zur Wohnsituation nach Eigentums-/Mietverhältnis (ab 50. Lebensjahr) - 2007
- neue Bundesländer -

	Anteil an Befragten - in Prozent -		durchschnittliche Quadratmeterzahl der Wohnung		Gesamtmiete/ Gesamtbelastung Euro/Monat	
	50 bis 59 Jahre	60 Jahre u. älter	50 bis 59 Jahre	60 Jahre u. älter	50 bis 59 Jahre	60 Jahre u. älter
Mietwohnung - privat	17	21	77	63	538	466
Mietwohnung - kommunal	20	18	59	58	406	393
Genossenschafts- wohnung	21	34	68	60	446	410
selbst genutztes Eigentum	42	27	108	90	653	408

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

lichen Wohnverhältnissen verbundenen differenzierenden Qualitäten. Insbesondere Genossenschaftswohnungen und kommunale Mietwohnungen (mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Bürgern ab 70. Lebensjahr) bieten gegenwärtig - nach dem Wohneigentum - die für die neuen Bundesländer mietgünstigsten Bedingungen. Die durchschnittliche Mietbelastung geben die befragten Bürger (Mieterhaushalte ab 50. Lebensjahr) im Jahr 2007 mit rd. 433 Euro an, das entspricht rd. 25 % des Haushaltsnettoeinkommens für ältere Bürger (vgl. Abbildung 9.1).

Abbildung 9.1: Entwicklung des Anteils der Mietausgaben am Haushaltsnettoeinkommen (Mieterhaushalte ab 50. Lebensjahr) - 1990 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

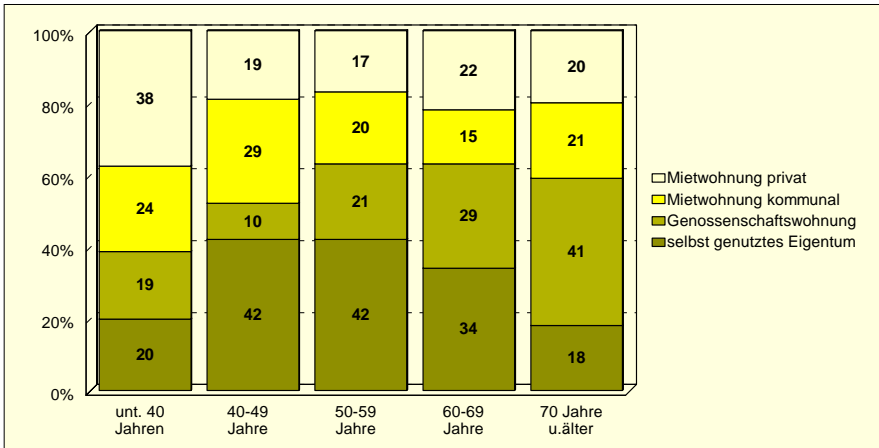
Wohneigentum ist insgesamt für die Altersgruppen 50 bis 59 Jahre am ausgeprägtesten (42 %), bei ab 60-Jährigen leben 27 % in Wohneigentum.

Die Angleichung an westdeutsche Eigentumsstrukturen im Wohnen ist in den Altersgruppen, die über ein entsprechendes Einkommen (und einigermaßen Zukunftssicherheit) verfügen, am höchsten (vgl. Abbildung 9.2).

Wohnen ist neben der eigenen Wohnung - gleich, ob Eigentum oder zur Miete - und den Möglichkeiten des selbst gestalteten Wohnraums/Wohnqualität immer auch an die Wohnumwelt gebunden.

Das Wohnumfeld, seine Qualität und Entwicklungsperspektiven (vom Arbeitsplatzangebot bis zur sozio-kulturellen Infrastruktur) beeinflussen nicht zuletzt, in welchem Maße eine Wohnbevölkerung stabil ist oder durch Weg-/Zuzüge geprägt ist.

Abbildung 9.2: Struktur der Eigentums-/Mietverhältnisse nach Altersgruppen - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Im Rahmen der Gesamtuntersuchung wurden u.a. erhoben:²⁴

- Bewertung der Zukunftschancen des Wohnortes,
- Umzugsabsichten,
- Bewertung der Wohnqualität,
- Erreichbarkeit der Infrastruktur und deren Nutzung.

Die Zukunftschancen der kleinen Gemeinden werden eindeutig schlechter bewertet als die der Großstädte (vgl. Abbildung 9.3).

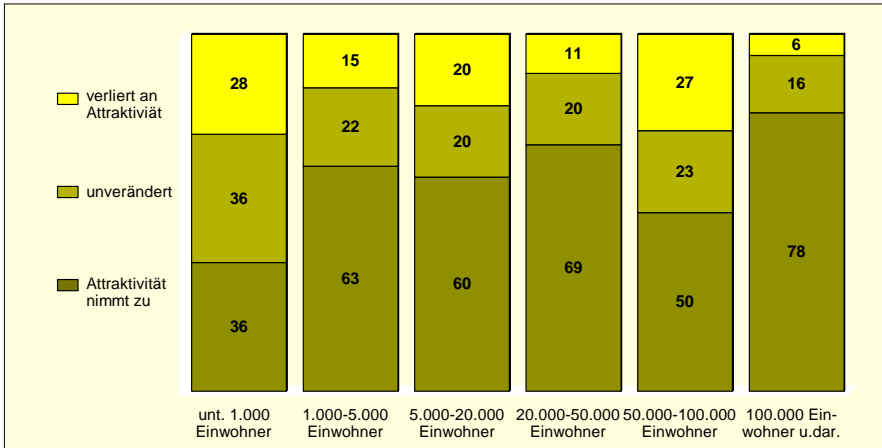
Der Anteil der Bürger, die beabsichtigen, in absehbarer Zeit umzuziehen, ist in den Altersgruppen ab 50. Lebensjahr relativ niedrig (7 % der 50- bis 60-Jährigen und 3 % der über 70-Jährigen).

Betrachtet man die Gründe für Umzugsabsichten (nur Befragte, die diesen Wunsch haben), so ergibt sich:

- An erster Stelle liegen der notwendige Umzug aufgrund der Erwerbstätigkeit (unter 60-Jährige) sowie die Miethöhe bzw. bedarfsgerechtes Wohnen (über 60 Jahre).
- An zweiter Stelle rangieren eher individuelle Faktoren wie: familiäre Gründe, Erwerb von Wohneigentum, soziales Umfeld.
- Von geringem Gewicht insgesamt sind Faktoren, die auf Defizite der sozialen und kulturellen Infrastruktur verweisen.

²⁴ Vgl. hierzu Liebscher, R.: Ergebnisse der Erhebung "Leben in den neuen Bundesländern - zu ausgewählten Aspekten der sozialen Infrastruktur" - Bericht, Berlin 2007.

Abbildung 9.3: "Wie schätzen Sie die Zukunftschancen Ihrer Stadt, Ihres Wohnortes ein?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Befragte mit getroffenen Aussagen)



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Hauptgründe, um nicht wegzuziehen bzw. sich mit dem Umzugsgedanken zu beschäftigen, sind:

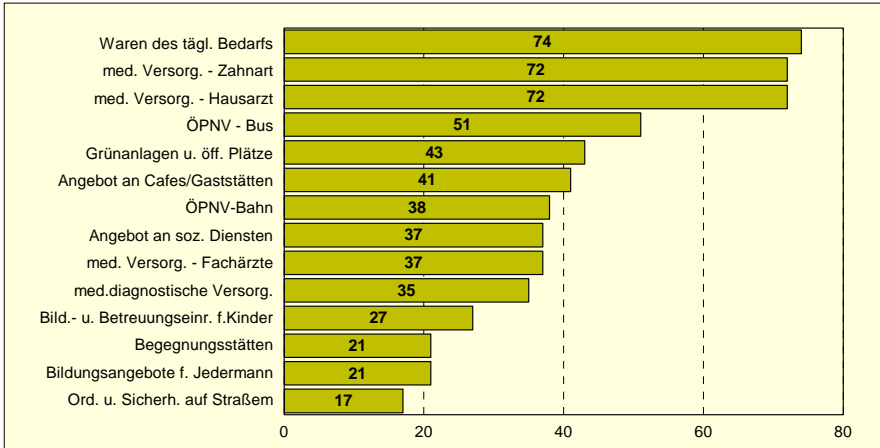
- die Wohnung/Wohneigentum,
- bestehende soziale Kontakte (inkl. Verwandte),
- Wohnumfeld im weitesten Sinne (Landschaft),
- vorhandene Erwerbstätigkeit (bei unter 60-Jährigen).

Insgesamt gibt es eine hohe Differenziertheit in der Bewertung des Wohnumfeldes. Deutlich hebt sich die "Grundversorgung" (Waren des täglichen Bedarfs, Hausarzt, Zahnarzt) von den Leistungen des Öffentlichen Nahverkehrs sowie spezieller medizinischer und sozialer Betreuung ab. Ebenso eindeutig rangieren Bildungs- und Kulturangebote sowie Ordnung und Sicherheit auf den hinteren "Rängen" (vgl. Abbildung 9.4).

Die Untersuchung bestätigt die - keineswegs unbekannte - Tatsache, dass in Abhängigkeit von der Gemeinde-/Orts-/Stadtgröße die Bewertung deutlich unterschiedlich ausfällt. Das betrifft alle in die Bewertung eingebrachten Dienstleistungsstrukturen. Dabei treten die "Brüche" bei einzelnen Angebotsstrukturen bei unterschiedlichen Gemeindegrößen auf.

Die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs wird ab Gemeindegröße von 5.000 Einwohnern relativ gleich bewertet, die ärztliche Versorgung bereits ab Orten mit 1.000 und mehr Einwohnern, die medizindiagnostische

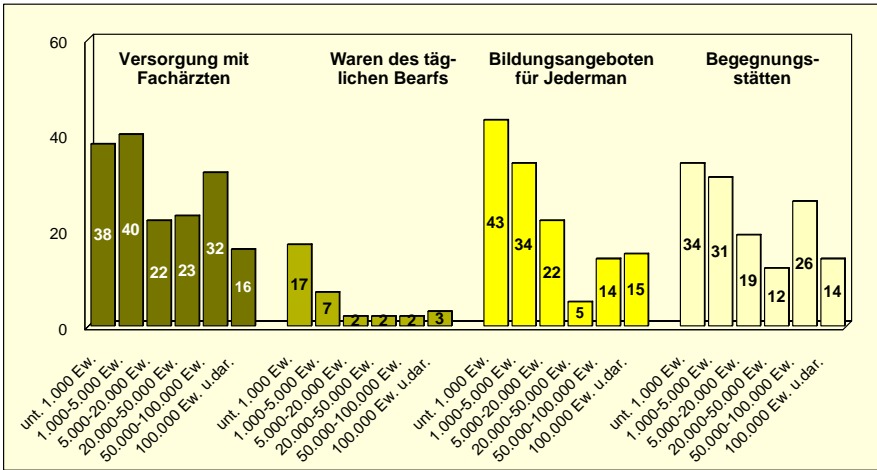
Abbildung 9.4: "Wie zufrieden sind Sie mit folgenden Gegebenheiten in Ihrer näheren Umgebung?" (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "zufrieden")



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Versorgung erst ab Mittelstädten als besser befunden. Begegnungsstätten, Cafes, Gaststätten erreichen in den Großstädten die niedrigste Bewertung. Zugleich gibt es ein keineswegs unbedeutendes "Unzufriedenheitspotenzial" (vgl. Abbildung 9.5). Das ist nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt eines hohen Anteils älterer Bürger in den kleinen Gemeinden und Kleinstädten ein für die Kommunalpolitik ernst zu nehmender Faktor. Die Nutzung der soziokulturellen Einrichtungen und ihre Erreichbarkeit sind naturgemäß gleichermaßen nicht nur altersabhängig, sondern auch von der Gemeindegröße und den damit verbundenen Angeboten. Dabei erweist sich insgesamt ein deutlicher Verlust an Lebensqualität in kleineren Gemeinden und Städten. Bemerkenswert ist auch, dass in den Großstädten die Unzufriedenheit mit sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Leistungen höher ist als in mittleren Städten, was in hohem Maße mit "Entfernungen" und "Kosten" zusammenhängen dürfte.

Abbildung 9.5: Unzufrieden mit ... nach Gemeindegröße (Einwohnerzahl) (ab 50. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

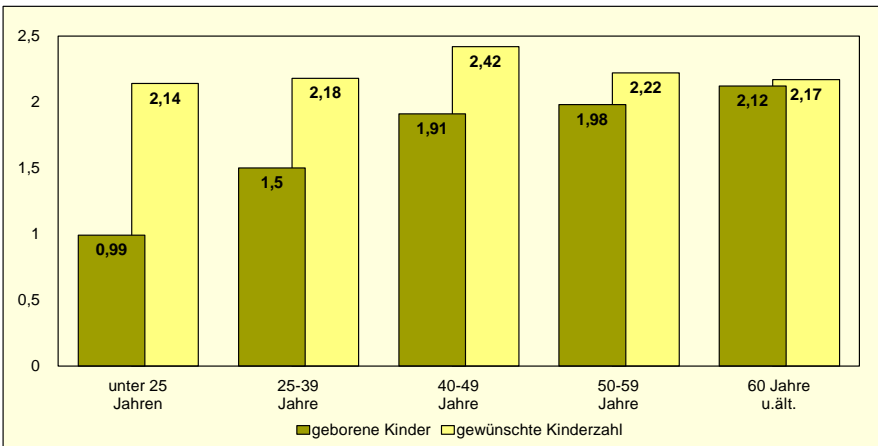
10 Familie

Der generelle Geburtenrückgang in Deutschland Ost wie West ist unübersehbar. Seit Jahrzehnten wird die einfache Reproduktion der Bevölkerung in Deutschland - d.h. der Ersatz der Elterngeneration - dauerhaft nicht mehr gesichert. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat in seiner Regierungserklärung im Jahr 2004 den richtigen Satz geprägt: "Kinder sind ein anderes Wort für Zukunft und für Zuversicht"²⁵. Im Umkehrschluss: Fehlende Geburten bzw. Kinder sind Ausdruck von Perspektivlosigkeit und sozialer Verunsicherung. Das gilt in den neuen Bundesländern in besonderem Maße. Die Zahl der Frauen, die Kinder gebären, ging nach 1990 rasch zurück und die Zahl der Kinder, die von ihnen geboren werden, liegt seit Jahren auf niedrigstem Niveau. Die von der neuen Bundesregierung initiierte Familienoffensive wird vor allem daran gemessen werden, wie sie dazu beiträgt, dass sich Frauen/Männer ihren Geburtenwunsch erfüllen können unter Bedingungen, die ihnen Erwerbsarbeit - die mit zunehmend unsteter Erwerbstätigkeit, wechselnden Arbeitsinhalten und -orten sowie mehreren Berufen verbunden sein können - und eine den individuellen Vorstellungen entsprechende Vereinbarkeit von Mutterschaft/Elternschaft und Erwerbsarbeit ermöglichen.

25 Schröder, G.: Regierungserklärung vom 25. März 2004.

Die Ergebnisse der 2007 durchgeführten Befragung verdeutlichen die vorhandene Differenz zwischen ursprünglichem Kinderwunsch und seiner Realisierung. Während in den heutigen Rentnergenerationen - nicht zuletzt aufgrund des Fehlens entsprechender Möglichkeiten zur Vermeidung ungewünschter Geburten - die Zahl der geborenen Kinder z.T. über dem ursprünglichen Kinderwunsch lag, haben sich nach 1990 doch deutliche Veränderungen vollzogen. Kinder werden z.T. als Risiko für die eigene Entwicklung gesehen, bzw. die allgemeine Zukunftsverunsicherung wird auch auf künftiges Leben übertragen, so dass es als unverantwortlich erscheint, Kinder in diese Welt hinein zu setzen (vgl. Abbildung 10.1).²⁶

Abbildung 10.1: Anzahl der Geburten und gewünschte Kinderzahl nach Altersgruppen - 2007 - neue Bundesländer - (nur Frauen mit entsprechenden Aussagen)

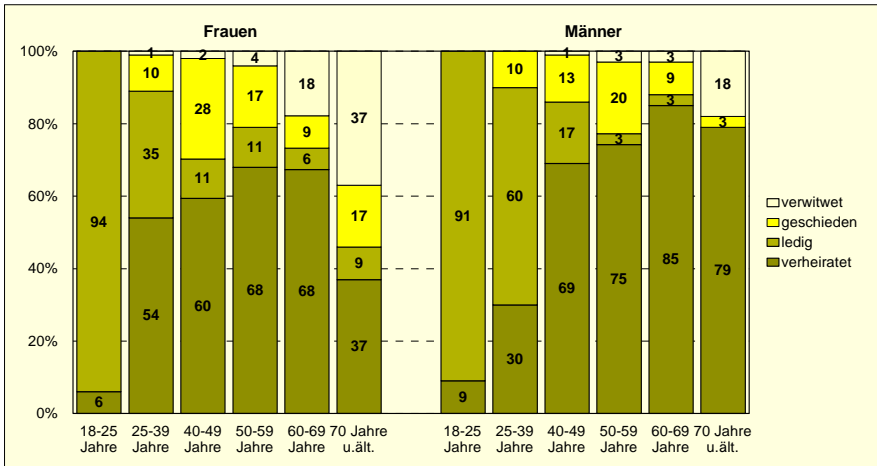


Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Älterwerden ist bezogen auf die Familienformen in den vergangenen Jahrzehnten einerseits mit neuen Lebensformen (z.B. Lebensgemeinschaften auch im höheren Lebensalter), neuen Einstellungen (z.B. zu Alleinerziehenden) als auch traditionellen Formen (Ehe, Verwitwungen) verbunden. All das bedingt u.a., dass z.B. Männer überwiegend bis in hohe Alter "in Partnerschaft" leben, während Frauen zunehmend "alleinlebend" sind. So leben von über 60-jährigen Männern rd. 8 % in "Lebensgemeinschaften" (mit bzw. ohne gemeinsamen Haushalt), was jedoch nur für 4 % der Frauen zutrifft (vgl. Abbildung 10.2).

26 Detaillierte Aussagen zu Auffassungen zu den Ursachen des Geburtenrückgangs siehe Sozialreport 2006, S. 31-33.

Abbildung 10.2: Familienstrukturen - 2007 - neue Bundesländer
- in Prozent -



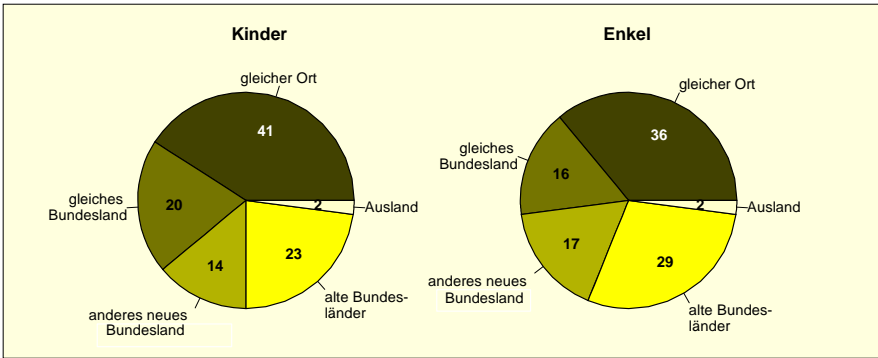
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Damit zusammenhängend ist einerseits der Wunsch auf engere Bindung an die eigenen Kinder und Enkel mit zunehmendem Alter. Andererseits ist die familiäre Situation in einer älter werdenden Gesellschaft nicht nur mit einer längeren aktiven Lebensphase verbunden und mit einer niedrigeren Zahl von Geburten (und damit sich reduzierende Anzahl von Kindern/Enkeln/Ur-enkeln), sondern auch von einer gewollten bzw. zum Teil unvermeidlich erzwungenen räumlichen Trennung der Kinder-Eltern-Generaation. Hinzu kommt mit zunehmendem Alter der steigende Anteil allein lebender Frauen (im Gegensatz zu den Männern).

Gerade für Ältere gewinnt deshalb die soziale Einbindung in die "Familie" (die keineswegs nur auf Eltern mit erziehungspflichtigen Kindern zu reduzieren ist) ein zunehmendes Gewicht.

Der Wohnort der Kinder bzw. Enkelkinder ist lt. Aussagen ab 50-Jähriger, die in den neuen Ländern leben, vorrangig am gleichen Ort (41 % der Kinder und 36 % der Enkel), aber auch noch im gleichen Bundesland (20 % bzw. 16 %). In anderen neuen Bundesländern leben 14 % bzw. 17 % der Kinder und Enkel. Inzwischen leben 23 % der Kinder bzw. 29 % der Enkel in den alten Bundesländern und 2 % der Kinder bzw. Enkel im Ausland (vgl. Abbildung 10.3).

Abbildung 10.3: Wohnort der Kinder/Enkel von ab 50-Jährigen - 2007
 - neue Bundesländer - in Prozent -

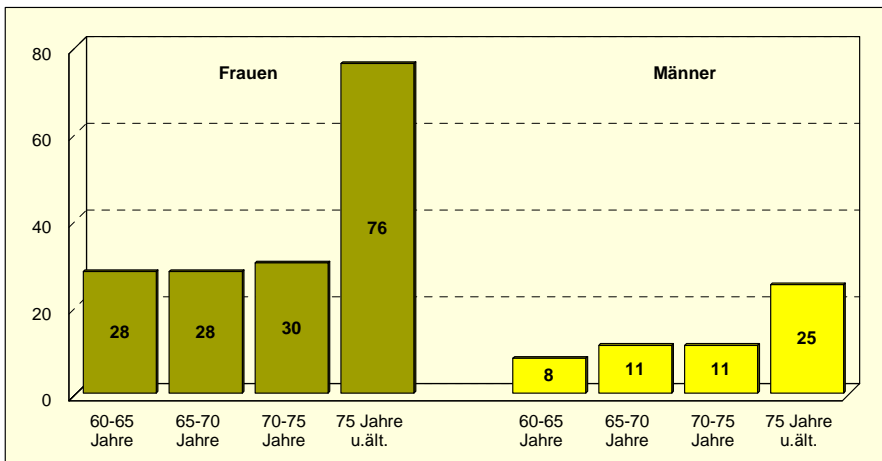


Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Von den über 60-jährigen Befragten geben 14 % der Männer und 36 % der Frauen an, meistens allein zu sein, was bei Frauen auf den hohen Anteil allein lebender - insbesondere verwitweter - Frauen über 75 Jahre zurückzuführen ist, während Männer auch in höherem Alter noch "in Partnerschaft" leben (vgl. Abbildung 10.4).

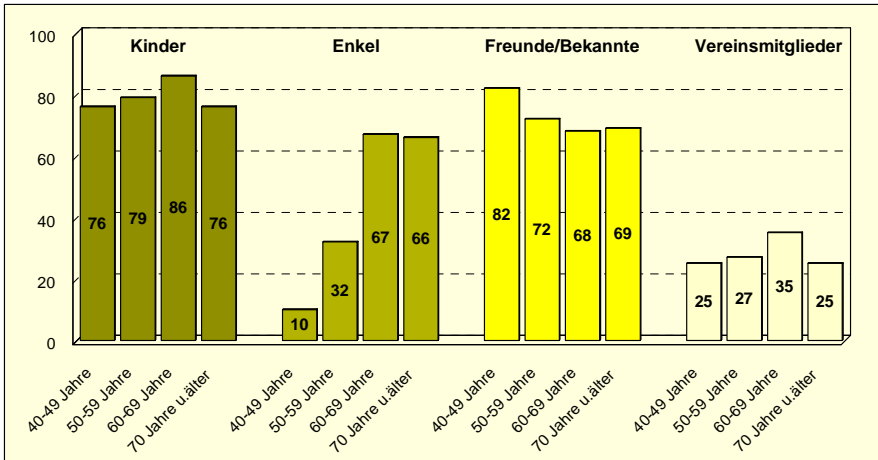
Unabhängig vom Status (Partner-/Alleinlebendenhaushalte) ist und bleibt der Bezug älterer Menschen zu den eigenen Kindern mehrheitlich der wichtigste soziale Kontakt. Regelmäßig treffen sich ältere Menschen (ab 60.

Abbildung 10.4: "Ich bin meistens allein" (ab 60. Lebensjahr) - 2007
 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

Abbildung 10.5: Soziale Kontakte - 2007 - neue Bundesländer
 - in Prozent - (nur Antwort: "ich treffe mich regelmäßig")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

bensjahr) mit ihren Kindern (82 %), den Enkelkindern (66 %) bzw. anderen Verwandten (55 %). Gleichermaßen wichtiger Lebensbezug sind Freunde und Bekannte, mit denen sich 69 % regelmäßig treffen bzw. mit Nachbarn (43 %), aber auch mit "Vereinskollegen" (30 %) (vgl. Abbildung 10.5).

Es ist offensichtlich, dass insbesondere im "Umstieg" von Erwerbsarbeit zum Seniorendasein die Kontakte mit Bekannten, aber auch im Rahmen der Vereinsarbeit zunehmen, jedoch bei über 75-/80-Jährigen sich zunehmend wieder auf die Familie konzentrieren. Das belegen auch die Aussagen zu über Telefongespräche geführten Kontakte, die mit steigendem Alter deutlich zunehmen (selber anrufen und angerufen werden). Für 77 % der über 70-Jährigen ist Telefonieren ein wichtiger sozialer Kontakt mit der Familie bzw. Verwandten/Bekanntem. Für Bürger ab 60. Lebensjahr gewinnen zugleich Verwandten-/Bekanntebesuche (65 %), Ausflugsfahrten/Reisen (32 %) und sowie Treffen im Verein (19 %) an Gewicht.

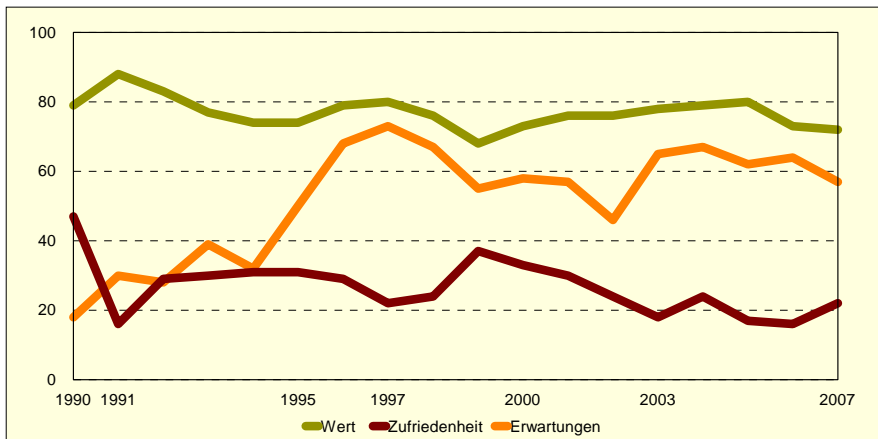
11 Sozialreformen - Soziale Sicherheit

Die Bewertung der Lebensverhältnisse durch die älteren Bürger der neuen Bundesländer ist nicht zuletzt durch die seit Beginn des neuen Jahrtausends realisierten bzw. beschlossenen und beabsichtigten Sozialreformen beeinflusst. Das betrifft in besonderem Maße:

- die Arbeitsmarktreform mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre;
- die Gesundheitsreform mit finanziellen Belastungen der Bürger ohne adäquate Leistungsverbesserung;
- die Reform der Rentenversicherung durch Neuregelungen in der Rentenformel, die zur Stagnation bzw. Rentenreduzierung führt verbunden mit Realeinkommensminderungen;
- die beabsichtigte Reform der Pflegeversicherung;
- die nach wie vor existenten unterschiedlichen Rentenrechts- und Tarifgebiete, die ungerechtfertigte Einkommensunterschiede stabilisieren und zum Teil vertiefen.

Die Gesamtentwicklung hat zu einem sinkenden Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme geführt. Soziale Sicherheit - einer der wichtigsten sozialen Ansprüche des Einzelnen - ist in seiner Wertigkeit und Bewertung für rd. drei Viertel der Bürger "sehr wichtig", nur rd. 20 % sind damit zufrieden.

Abbildung 11.1: Bewertung der sozialen Sicherheit (als Wert - *sehr wichtig*; Zufriedenheit mit ... - *sehr zufrieden/zufrieden*; Erwartungen an die Zukunft - *Verschlechterungen*) (ab 50. Lebensjahr) - 1990 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



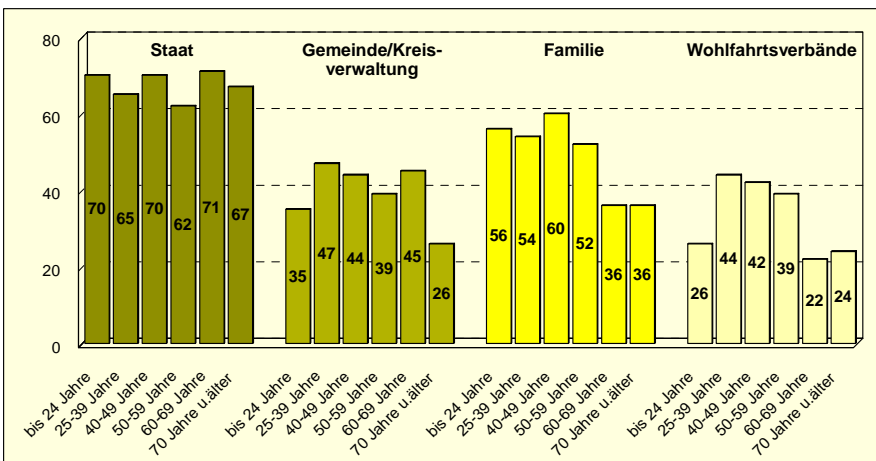
Datenbasis: sfz/leben 1990-2007 (gew.)

Betrachtet man über den Gesamtzeitraum die o.g. Aussagen, so wird deutlich:

- Soziale Sicherheit als "Wert" weist relativ stabile Aussagen auf, die (bezogen auf die Altersgruppen der über 50-Jährigen) leichten Veränderungen im Umfeld z.B. der großen Rentenreform/Sozialreform unterliegt.
- Jahren mit den höchsten angenommenen Verschlechterungen folgen Regierungs-/Koalitionswechsel (1997 - anschließend Wechsel zu Rot-Grün; 2003-2004 anschließende Wechselerwartung auf CDU bei realem Wechsel zur großen Koalition). Jahre mit relativ breiten Diskussionen um "Sozialreformen" reflektieren sich in angenommenen Verschlechterungen (Erfahrungswerte).
- Zufriedenheiten steigen nach Regierungswechseln (Schröder-/Merkel-Bonus), um dann wieder zu sinken.

Am stabilsten ist soziale Sicherheit als Wert, am instabilsten sind die Erwartungen. Dabei ist die Grundhaltung, dass für ältere Menschen vor allem vom Staat mehr getan werden sollte, vorherrschend. Die Verantwortung der Familie für "Ältere" wird von Jüngeren in bedeutend höherem Maße hervorgehoben als von Älteren - deren Erwartungen eher davon ausgehen, "nicht zur Last fallen" zu wollen. Auch den kommunalen Trägern und Wohlfahrtsverbänden wird eine bestimmte Verantwortung zugeschrieben (vgl. Abbildung 11.2). Gegenüber anderen Vereinen, den Kirchen, den Nachbarn sowie privaten Anbietern werden jedoch nur in geringem Maße Erwartungen ausgesprochen.

Abbildung 11.2: "Wenn für ältere Menschen mehr getan werden soll, wer soll dies Ihrer Meinung nach vor allem tun?" - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent -



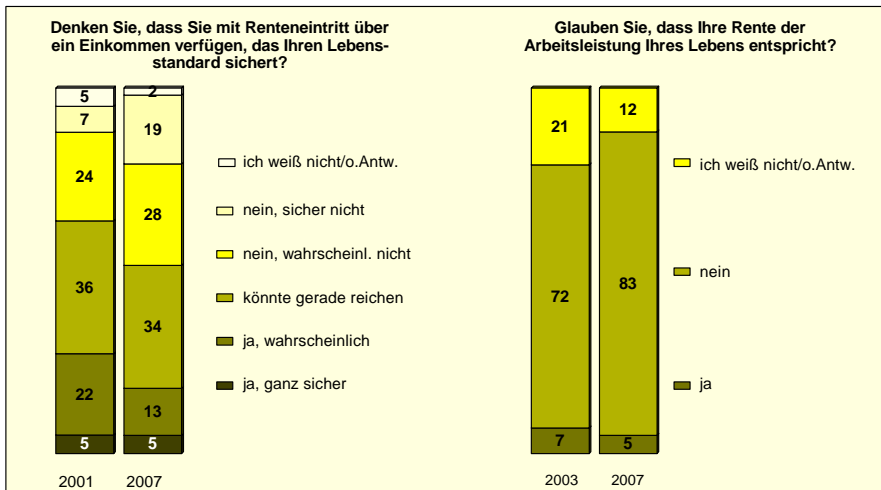
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Bis in die Gegenwart werden fast täglich "neue Ideen" zur "Reformierung des Sozialstaates" geboren, die immer nur einzelne Seiten und Aspekte der sozialen Sicherungssysteme berühren.

Nach wie vor tendieren offizielle Vorschläge mehr zu "individualisierter Privatvorsorge" als zu Systemen, die die solidarische Basis verbreitern. Das betrifft sowohl die notwendige Erweiterung der Kranken-/Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung (d.h. unter Einschluss von Beamten, Selbstständigen, Freiberuflern usw.) als auch der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung (mit Einschluss aller, die im Erwerbsleben stehen).²⁷

Ohne Vorliegen eines Gesamtkonzepts werden in Einzelbereichen Entscheidungen getroffen, die mehrheitlich zur zunehmenden Abkoppelung sozialer Sicherheit von der vom Einzelnen erbrachten (Lebens-)Arbeitsleistung führen. Die Sozialreformen bewirken bis in die Gegenwart eine wachsende Entsolidarisierung zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden (insbesondere Arbeitslosen und Rentnern), zwischen den (noch) von den Gewerkschaften Vertretenen und denen, die keine Lobby (mehr) haben und (zumindest gegenwärtig) keine Gefahr für den sozialen Frieden und die Effizienz der Wirtschaft darstellen. Eine mit dieser Entwicklung verbundene erhöhte soziale Instabilität gefährdet das soziale Klima des Lebens der Menschen miteinander. Gerade Bürger der neuen Bundesländer haben die Erfahrung,

Abbildung 11.3: Aussagen zur künftigen Rentenentwicklung (40- bis 60-Jährige) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2001-2007 (gew.)

27 Vgl. Gemeinsames Konzept des Sozialverbandes Deutschland, des DGB und der Volkssolidarität zur Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, Berlin 2007.

dass soziale Instabilität immer mit zunehmender politischer Instabilität verbunden ist.

Vielen Bürgern der neuen Bundesländer fehlt es inzwischen am Vertrauen, dass seitens der herrschenden Parteien und Verbände eine - als notwendig durchaus akzeptierte - Sozialreform im Interesse der Bürger realisiert wird. Insbesondere das Alterseinkommen unterlag in den vergangenen Jahren den gezielten Eingriffen des Staates. Mit dem Slogan der "Generationensolidarität" wurde ein kompaktes Programm der Privatisierung der Altersvorsorge betrieben. Ergebnis ist nicht nur ein Sinken der Zahlbeträge bei Neurentnern, sondern auch ein abnehmende Vorstellung von "Lebensstandardsicherung" für das Alter. Bei den 50- bis 60-Jährigen stieg der Anteil derer, die nicht davon ausgehen, im Alter über ein Einkommen zu verfügen, welches ihren Lebensstandard sichert, zwischen 2001 und 2007 von 31 % auf 47 %. Von einer ihrer Lebensarbeitsleistung entsprechenden Rente gehen nur noch 5 % (!) dieser Altersgruppe aus, 83 % verneinen das.

12 Bürgerschaftliches Engagement²⁸

Die Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen in den neuen Bundesländern insgesamt konzentrieren sich auf rd. zwei Drittel aller ab 18-jährigen Bürger, bei hohem Anteil von Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften. Charakteristisch ist der altersabhängige strukturelle Wandel in den Mitgliedschaften ab 70. Lebensjahr mit deutlichem Rückgang in "freizeitorientierten" Vereinen und Zunahme der Mitgliedschaften in Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften.

Die Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften sind seit 1990 stetig rückläufig. Ebenso in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden insgesamt (vgl. Tabelle 12.1).

Ablehnungen einer Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, aber auch Gewerkschaften oder Parteien, sind vor allem verbunden mit einer prinzipiell ablehnenden Haltung zum Wieder-Beitritt in Organisationen aufgrund der Erfahrungen mit Parteien und "Massenorganisationen" bis 1990, der angenommenen zeitlichen Belastung sowie finanziellen Belastungen.

28 Eine detailliertere Studie speziell zur Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden in den neuen Bundesländern liegt als Kurzfassung publiziert beim Bundesverband der Volkssolidarität vor: Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Motive - Rahmenbedingungen - Erwartungen, Berlin 2006, 24 Seiten. Die Langfassung als Studie liegt unter gleichnamigen Titel beim Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. vor (68 Seiten). Desgl. siehe zum Wirken von Gewerkschaften und Sozialverbänden: G. Winkler: Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern (insbesondere im Zusammenhang mit der Wirksamkeit mitbestimmungspolitischer Aktivitäten (Studie, Hans-Böckler-Stiftung 2007, unveröffentlicht).

Tabelle 12.1: Mitgliedschaften - 2007 - neue Bundesländer
- in Prozent - (Mehrmitgliedschaften möglich)

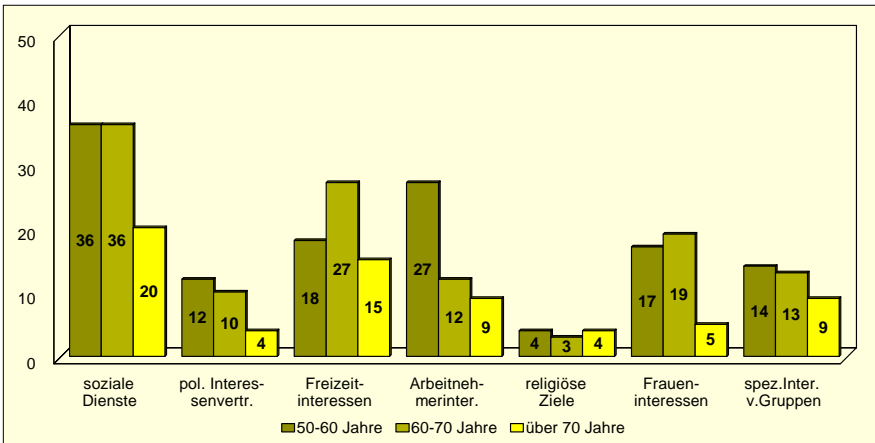
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		Männer	Frauen	bis 40 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.-los
insgesamt	64	64	64	53	53	69	78	77	58	58
dar. in: Vereinen*	46	45	47	34	40	47	61	57	41	39
dar. in: Sportverein	24	25	22	26	28	23	22	16	28	18
Kleingartenverein	18	10	16	10	11	16	36	25	12	18
Sozial-/Wohlfahrtsverbänden	19	15	23	10	12	19	25	40	13	16
Gewerkschaften	17	21	13	14	19	22	19	13	19	17
Parteien	3	3	3	1	3	5	2	4	2	3
Religionsgemeinschaften	20	18	23	18	11	23	22	36	15	17

* außer Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften

Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

19 % der Bürger ab 18. Lebensjahr gaben 2007 an, Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes zu sein. Von ihnen ist rd. ein Viertel (25 %) Mit-

Abbildung 12.1: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgaben nach Altersgruppen - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2007/50+ (gew.)

glied in mehreren Sozialverbänden/-vereinen. Die Mitgliedschaft reflektiert die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höherem Anteil der Verbände, die vor allem Dienstleistungsstrukturen entwickeln bzw. eine breite Mitgliederarbeit aufweisen. Die vorhandenen Potenziale für bürgerschaftliches Engagement sind keineswegs unbedeutend, reduzieren sich jedoch ab 70. Lebensjahr deutlich. Die "traditionelle" Zuwendung von Männern richtet sich auf Freizeit und Politik, die von Frauen auf Soziales und Fraueninteressen (25 % der Frauen und 4 % der Männer). Letzteres tendiert wieder dahin, dass Frauen für sich und die Familie "zuständig" sind.

Weiterführende Literatur des SFZ zum Thema

(zu beziehen über das SFZ unter Angabe der Bestell-Nummer - Adresse 2. Umschlagseite)



Sozialreport 2006 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern

erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. Berlin, 2006

Sozialreport 50+ 2005 - Daten und Fakten zur sozialen Lage 50- bis 65-Jähriger in den neuen Bundesländern

Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher
(Berlin 2005, 262 S., Best.Nr.: 11/06)



Menschen mit Behinderungen - Report 2003 Daten und Fakten zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland

Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher,
Gunnar Winkler
(Berlin 2003, 232 S., Best.Nr.:34/04)



Ältere Arbeitnehmer/innen in Ostdeutschland - Lebenslagen und Lebensverhältnisse, Werte und Handlungsorientierungen

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 19

Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher,
Gunnar Winkler
(Berlin 2005, 98 S., Best.Nr.: 14/05)



Die Region der „neuen Alten“ - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern - 1990 bis 2005

Autor: Gunnar Winkler
(Berlin 2006, 442 S., Best.Nr.: 08/06)

Die Lebensverhältnisse der älteren Bürger in den neuen Bundesländern unterlagen in den vergangenen 17 Jahren grundlegenden strukturellen Wandlungen. Entsprechend den spezifischen Lebensverhältnissen entwickelten sich eigenständige Wertestrukturen und Verhaltensorientierungen. Der Sozialreport 50plus 2007 informiert, beruhend auf der achtzehnten Welle der empirischen Untersuchung „Leben in den neuen Bundesländern“, sowohl über objektive und subjektive Veränderungen seit 1990 als auch über aktuelle Situationen und soziale Trends. Dabei wird eine Vielzahl sozialer Bereiche, mit ihren Gewinnen und Verlusten, Defiziten und Fortschritten (u.a. Teilhabe am Erwerbsleben, Familienalltag, Wohnen, Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit) betrachtet. Der Sozialreport 2007 wendet sich an sozial und politisch Engagierte, an Sozialwissenschaftler, Politiker, Parteien, Verbände und Verwaltungen.